

Beteiligentransparenzdokumentation

Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung - Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung

Einbringer: **Fraktion der CDU**

(Drucksache 7/1584)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 12. Juni 2023

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktion der CDU

Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung - Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Um die Akzeptanz für Windenergieanlagen zu erhöhen und gleichzeitig Schutzräume zur Wohnbebauung zu schaffen, haben die Länder mit § 249 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) die Möglichkeit erhalten, landesgesetzlich Mindestabstände von höchstens 1.000 Metern zu dort näher bezeichneten baulichen Nutzungen zu Wohnzwecken vorzusehen.

B. Lösung

Thüringen macht von der Länderöffnungsklausel Gebrauch und setzt den Mindestabstand gesetzlich auf einheitlich 1.000 Meter fest und definiert die Gebiete mit baulicher Nutzung zu Wohnzwecken, zu denen dieser Mindestabstand gelten soll.

Ausdrücklich unberührt bleiben weitergehende Vorsorgeabstände, die von den Planungsträgern für die in den Planungsregionen aufzustellenden Regionalpläne festgelegt werden können.

C. Alternativen

- a) Einführung unterschiedlicher Mindestabstände für unterschiedliche Wohnnutzungen
- b) Verzicht auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestabstands

D. Kosten

Keine

Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung - Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Die Thüringer Bauordnung in der Fassung vom 13. März 2014, zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 30. Juli 2019 (GVBl. S. 323), wird wie folgt geändert:

1. Die Angabe zu § 91 der Inhaltsübersicht erhält folgende Fassung:

"§ 91 Windenergie"

2. § 91 erhält folgende Fassung:

"§ 91
Windenergie

§ 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB findet auf Vorhaben, die der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Windenergie dienen, nur Anwendung, wenn diese Vorhaben einen Mindestabstand von 1.000 Meter zu Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen (§ 30 BauGB), innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile (§ 34 BauGB) - sofern in diesen Gebieten Wohngebäude nicht nur ausnahmsweise zulässig sind - und im Geltungsbereich von Satzungen nach § 35 Abs. 6 BauGB einhalten."

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Windenergieanlagen stehen in einem Spannungsfeld zwischen energiepolitischer Notwendigkeit einerseits und der Veränderung des Landschaftsbildes einschließlich damit einhergehender Immissionen andererseits. Das führt zunehmend zu Akzeptanzproblemen bei der davon betroffenen Bevölkerung.

Hauptstreitpunkt ist dabei häufig die Entfernung, die zwischen Windenergieanlagen und Wohngrundstücken einzuhalten ist.

B. Zu den einzelnen Vorschriften**Zu Artikel 1**

Von der Regelung in § 249 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) wird dergestalt Gebrauch gemacht, dass der Mindestabstand auf den Maximalwert von 1.000 Meter - einheitlich - festgesetzt wird. Von der Möglichkeit, unterschiedliche Mindestabstände für unterschiedliche Wohnnutzungen festzulegen, wird abgesehen.

Die Abstandsfestsetzung hat zur Folge, dass Windenergieanlagen, die in einem geringeren Abstand errichtet werden sollen, nicht mehr als privilegierte Vorhaben nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB, sondern als sonstige Vorhaben nach § 35 Abs. 2 BauGB zu qualifizieren sind.

Des Weiteren werden die vom Schutzbereich erfassten Gebiete festgelegt:

Dabei werden im Rahmen der §§ 30, 34 BauGB nur solche Gebiete vom Schutzbereich der Norm erfasst, in denen Wohngebäude nach der Bau-nutzungsverordnung nicht nur ausnahmsweise zulässig sind.

Zudem werden Wohngebäude im Bereich von Außenbereichssatzungen nach § 35 Abs. 6 BauGB einbezogen, da es sich hier um den erstgenannten Gebieten vergleichbare Flächen mit verstärkter Wohnbebauung handelt.

Zu Artikel 2

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Für die Fraktion:

Bühl

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

Regionale Planungsgemeinschaft Nordthüringen
Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.
Regionale Planungsgemeinschaft Südwestthüringen
Bund Deutscher Baumeister Architekten und Ingenieure e.V., Landesverband Thüringen
IHK Südthüringen
ThüringenForst
Ingenieurkammer Thüringen
Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen
Arbeitsgruppe Artenschutz Thüringen e.V.
BI Gegenwind im Kleinen Thüringer Wald
Vereinigung freischaffender Architekten
Thüringer Erneuerbare Energien Netzwerk e.V.
NABU Thüringen e.V.
Thüringischer Landkreistag e.V.
Verband Thüringer Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V.
BUND Thüringen e.V.
Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur GmbH
Industrie- und Handelskammer Erfurt
Thüringer Landesverband Energiewende mit Vernunft e.V.
Handwerkskammer Erfurt
Hochschule Nordhausen
Thüringer Bauernverband e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1584 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Regionale Planungsgemeinschaft Nordthüringen</td> <td>Körperschaft öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Regionale Planungsstelle Nordthüringen beim Thüringer Landtags-Verwaltungsrat</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Am Petersenschacht 3</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99706 Sondershausen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Regionale Planungsgemeinschaft Nordthüringen	Körperschaft öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Regionale Planungsstelle Nordthüringen beim Thüringer Landtags-Verwaltungsrat	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Petersenschacht 3	Postleitzahl, Ort	99706 Sondershausen
	Name	Organisationsform									
	Regionale Planungsgemeinschaft Nordthüringen	Körperschaft öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Regionale Planungsstelle Nordthüringen beim Thüringer Landtags-Verwaltungsrat									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Am Petersenschacht 3									
Postleitzahl, Ort	99706 Sondershausen										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td> </td> <td> </td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td> </td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td> </td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

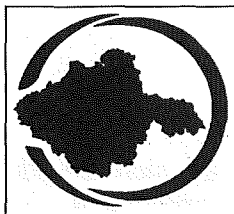
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	
	Regionalplanung für die Planungsregion Nordthüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDokG)	
	Der Gesetzesentwurf wird grundsätzlich befürwortet. Es bedarf einer Ergänzung, welche die Wirkungen von verbindlichen FF NT 2012 ausgleicht. Im FF NT 2012 sind bereits 1000m Abstand zu Siedlungsflächen und Baugebieten mit hohem Schutzausmaß festgesetzt. Die ausgewiesenen Flächen schaffen Substanz für Raum und bieten die Möglichkeit eines notwendigen Repowering. Zwingend sollte der FF NT 2012 als Kriterium für die Festsetzung von 1000m Abstand zu Siedlungsflächen und Baugebieten mit hohem Schutzausmaß festgesetzt werden.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum
Heiligenstadt, 23.11.2020

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.



**REGIONALE PLANUNGSGEMEINSCHAFT
NORDTHÜRINGEN**
Körperschaft des öffentlichen Rechts
PRÄSIDENT

Regionale Planungsstelle Nordthüringen beim Thüringer
Landesverwaltungsamt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST
06.11.2020 10:57

26984/2020

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen (Bitte bei Antwortschreiben angeben)

Sondershausen
03.11.2020

**Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer
Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Drucksache 7/1584)
Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Möglichkeit, im Rahmen o.g. Anhörungsverfahrens eine Stellungnahme
abgeben zu dürfen.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit der Regionalen Planungsgemeinschaft Nordthüringen
im Rahmen der Fortschreibung des gültigen Regionalplanes aus dem Jahr 2012 ist mit allen
bekannten Problemen das Thema Vorranggebiete Windenergie. Auch der vorgelegte
Gesetzentwurf wird bei Verabschiedung Auswirkungen auf das Abwägungsergebnis für den
2. Entwurf des Regionalplanes Nordthüringen haben.

Aus diesem Grund erlauben wir uns darauf hinzuweisen, dass aus unserer Sicht zwingend eine
Ergänzung des Gesetzentwurfes (nicht nur der Begründung) dahingehend notwendig ist,
welche Wirkungen von dem bereits genannten gültigen Regionalplan Nordthüringen 2012 mit
seinen Festlegungen (750 m Siedlungsabstand) und bestehenden B-Plänen /
Flächennutzungsplänen der Gemeinden ausgehen. Für den fortzuschreibenden Regionalplan
sind wir im Konsens mit den Aussagen des Gesetzentwurfes, denn bereits im 1. Entwurf 2018
hat der Plangeber für Nordthüringen hier einen Abstand zu Siedlungsflächen und Baugebieten
mit hohem Schutzanspruch von 1000 m festgesetzt. Eine Unterschreitung dieses Abstands zum
Zweck des Repowerings ist aus Sicht der Regionalen Planungsgemeinschaft nicht notwendig.
Bei der Neuausweisung der Vorranggebiete im 1. Entwurf des Regionalplanes Nordthüringen
wurde bereits die Möglichkeit eines notwendigen Repowerings durch zusätzliche
Vorranggebietsausweisungen an anderer Stelle berücksichtigt. Der Plangeber geht davon aus,
dass für die Planungsregion Nordthüringen mit den benannten Flächen ausreichend
substanziell Raum geschaffen wird.

Des Weiteren bitten wir den Gesetzgeber unbedingt klarzustellen, ob es sich bei dem benannten Mindestabstand von 1000 m um ein nach Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 13.12.2012 (4 CN 1/11) und vom 11.04.2013 (4 CN 2/12) hartes Kriterium für die Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie im Rahmen des gesamträumlichen Planungskonzeptes handelt.

Wir halten eine Klarstellung in den benannten Punkten für die weitere Arbeit an dem Thema und die Rechtssicherheit des künftigen Regionalplanes für unbedingt erforderlich.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1584 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">GJB- Thüringen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Richard-Breslau Str. 14 • 99094 Erfurt</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	GJB- Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau Str. 14 • 99094 Erfurt	Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	GJB- Thüringen	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Gemeinde- und Städtebund Thüringen									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau Str. 14 • 99094 Erfurt									
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetelldokG)	
	kommunale Spitzenverbände	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetelldokG)	
	keine inhaltliche Stellungnahme	
5.	Würden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetelldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetelldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
ErkA d. 06/11/2020	

28278/2020

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzesentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzesentwurfs)?									
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1584 -									
1	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG) <i>Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.</i>								
	<table border="1"> <tr> <td>Name Regionale Planungsgemeinschaft Südwestthüringen - Regionale Planungsstelle - Karl-Liebknecht-Straße 4 98527 Suhl</td> <td>Organisationsform Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>Siehe Stempel</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name Regionale Planungsgemeinschaft Südwestthüringen - Regionale Planungsstelle - Karl-Liebknecht-Straße 4 98527 Suhl	Organisationsform Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Siehe Stempel	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name Regionale Planungsgemeinschaft Südwestthüringen - Regionale Planungsstelle - Karl-Liebknecht-Straße 4 98527 Suhl	Organisationsform Körperschaft des öffentlichen Rechts							
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Siehe Stempel							
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)								
	Postleitzahl, Ort								
2	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)								
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname							
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)								
	Straße, Hausnummer								
Postleitzahl, Ort									

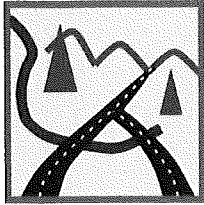
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	- Zusammenfassende, überlückte, fachlich prüfende Struktur / Koordination (Planung) von Baumaßnahmen / -funktionen; - Planinstrument: Regionalplan	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher:	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	- Klärung der rechtlichen Wirkung der geplanten Gesetzes- änderung auf förtliche Regionalpläne sowie B-Pläne und Flächennutzungspläne, die einen Mindestabstand von unkt 1000 m zu Wohnsiedlungsflächen beinhalten; - eindeutige Definition von Gebäuden mit baulicher Nutzung zu Wohnzwecken, zu denen der Mindestabstand gelten soll;	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsverfahren einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
18.11.2020	

Thüringer Landesverwaltungsamt
Regionale Planungsstelle Südwestthüringen
Karl-Liebknecht-Straße 4
98527 Suhl



REGIONALE PLANUNGSGEMEINSCHAFT SÜDWESTTHÜRINGEN

Körperschaft des öffentlichen Rechts
PRÄSIDENT

Regionale Planungsstelle Südwestthüringen
Karl-Liebknecht-Straße 4 • 98527 Suhl

THÜR. LANDTAG POST
09.11.2020 08:17

27042/2020

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen (Bitte bei Antwortschreiben angeben)

Bad Salzungen
04.11.2020

Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Drucksache 7/1584)

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Beteiligung der RPG Südwestthüringen am o. g. Anhörungsverfahrens bedanke ich mich.

Die beabsichtigte Änderung der Thüringer Bauordnung betrifft im Zusammenhang mit dem laufenden Änderungsverfahren des gültigen Regionalplanes Südwestthüringen unmittelbar das Thema der Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird Bezug auf die neue Fassung des § 249 Abs. 3 BauGB genommen. Mit dieser Norm wird den Bundesländern nunmehr die Möglichkeit eingeräumt, durch Landesgesetz bestimmte Mindestabstände (von maximal 1.000 m) zwischen Windenergieanlagen und näher zu definierender Wohnbebauung festzulegen. In Thüringen soll von dieser Länderöffnungsklausel dahingehend Gebrauch gemacht werden, dass der Mindestabstand gesetzlich auf einheitlich 1.000 m zu den Gebieten mit baulicher Nutzung zu Wohnzwecken festgelegt wird.

Nach Sichtung des vorgelegten Gesetzentwurfes im Hinblick auf die spezifischen Belange der Planungsregion Südwestthüringen bei der Bestimmung der Vorranggebiete Windenergie des künftigen Regionalplanes und im Interesse der Normenklarheit ergehen folgende Anmerkungen:

Es ist klarzustellen, welche rechtlichen Wirkungen sowohl der gültige Regionalplan Südwestthüringen 2011/2012 mit seinen Festlegungen (750 m Mindestabstand von Windenergieanlagen zu Wohnsiedlungsflächen) als auch verbindliche B-Pläne / Flächennutzungspläne der Gemeinden bezüglich Windenergienutzung nach Inkrafttreten der geplanten Gesetzesänderung entfallen.

Landratsamt Wartburgkreis • Präsident und Landrat Reinhard Krebs o.V.i.A.
Erzberger Allee 14 • 36433 Bad Salzungen
Telefon: 03695/61 51 00 • Telefax: 03695/61 51 99

Regionale Planungsgemeinschaft Südwestthüringen • Regionale Planungsstelle • Karl-Liebknecht-Straße 4 • 98527 Suhl
Telefon: 0361/57331-5301 • Telefax: 0361/57331-5302
E-Mail: regionalplanung-sued@tlwva.thueringen.de • Internet: <https://regionalplanung.thueringen.de>

Informationen zum Umgang mit Ihren Daten innerhalb der Regionalplanung Thüringens finden Sie im Internet unter:
<https://regionalplanung.thueringen.de/datenschutz/> Auf Wunsch übersenden wir Ihnen eine Papierfassung.

Wenngleich der Träger der Regionalplanung in Südwestthüringen im Zuge seines laufenden Regionalplanänderungsverfahrens bei der Neuausweisung von Vorranggebieten Windenergie einen Mindestabstand von 1.000 m zu Siedlungsflächen und Baugebieten mit hohem Schutzanspruch festgelegt hat, beabsichtigt er für bereits bestehende Windenergieanlagen mit einem Abstand von 750 m bis 1.000 m zu Wohnsiedlungsbereichen die Möglichkeit des Repowerings zuzulassen (allerdings mit einer Höhenbegrenzung der Anlagen). Dadurch sollen vor dem Hintergrund des ohnehin geringen Flächenpotenzials zur Windkraftnutzung in Südwestthüringen bereits diesbezüglich genutzte Areale in Abhängigkeit der standörtlichen Rahmenbedingungen erhalten werden. Die Möglichkeit des Repowerings von Windenergieanlagen auch im Bereich zwischen 750 m und 1.000 m zu Wohnsiedlungsbereichen soll deshalb nicht generell ausgeschlossen werden.

Für eine rechtssichere Auslegung der beabsichtigten gesetzlichen Regelung ist es erforderlich, die Gebiete mit baulicher Nutzung zu Wohnzwecken, zu denen der Mindestabstand gelten soll, eindeutig zu definieren. Nur dann ist es für den Träger der Regionalplanung möglich, zu unterscheiden, ob es sich um ein nach Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 13.12.2012 (4 CN 1.11) und vom 11.04.2013 (4 CN 2.12) hartes oder weiches Kriterium für die Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie handelt.

710/2021

THÜR. LANDTAG POST
12.01.2021 10:58

Anlage 3

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

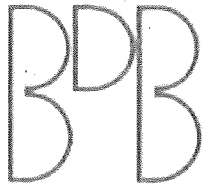
Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1584 -											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>Berufsverband für Architekten und Ingenieure</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>BDB Landesverband Thüringen Vors. Hubert Borchert</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Waisenstr. 2</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99817 Eisenach</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		Berufsverband für Architekten und Ingenieure	Geschäfts- oder Dienstadresse	BDB Landesverband Thüringen Vors. Hubert Borchert	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Waisenstr. 2	Postleitzahl, Ort	99817 Eisenach
Name	Organisationsform										
	Berufsverband für Architekten und Ingenieure										
Geschäfts- oder Dienstadresse	BDB Landesverband Thüringen Vors. Hubert Borchert										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Waisenstr. 2										
Postleitzahl, Ort	99817 Eisenach										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	GGF der Stadtplanungsgesellschaft mbH, ARCHITEKT BDB Vors. vom BDB Landesverband Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Erweiterte Abstandsregelung, die abhängig von der Windrichtung zur vorhandenen bzw. geplanten Bepflanzung sein soll?	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Eisenach, 11.01.2021	



**Bund Deutscher Baumeister
Architekten und Ingenieure e.V.
Landesverband Thüringen**

THÜR. LANDTAG POST
09.11.2020 07:44

27035/2020

vorab per E-Mail am 6.11.2020 versandt

BDB Landesverband Thüringen

Thüringer Landtag - Verwaltung
Jürgen-Fuchs-Straße 18
99096 Erfurt

Waisenstraße 2 im Kartausgarten
99817 Eisenach

Eisenach, 2020-11-06

**Auffassung/Stellungnahme im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens
gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags**

**Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer
Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung
Gesetzentwurf der Fraktion CDU – Drucksache 7/1584**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Initiative zum Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU wird vom BDB Landesverband grundsätzlich begrüßt. Abstandsregelungen von Windkraftanlagen (WKA) zur Wohnbebauung haben für viele Bürger eine große Bedeutung. Nach unserer Auffassung sollte der Abstand zur Wohnbebauung von WKA abhängig gemacht werden von der Nabenhöhe und der Windrichtung (Standort von WKA zur vorhandenen oder geplanten Wohnbebauung).

Begründung:

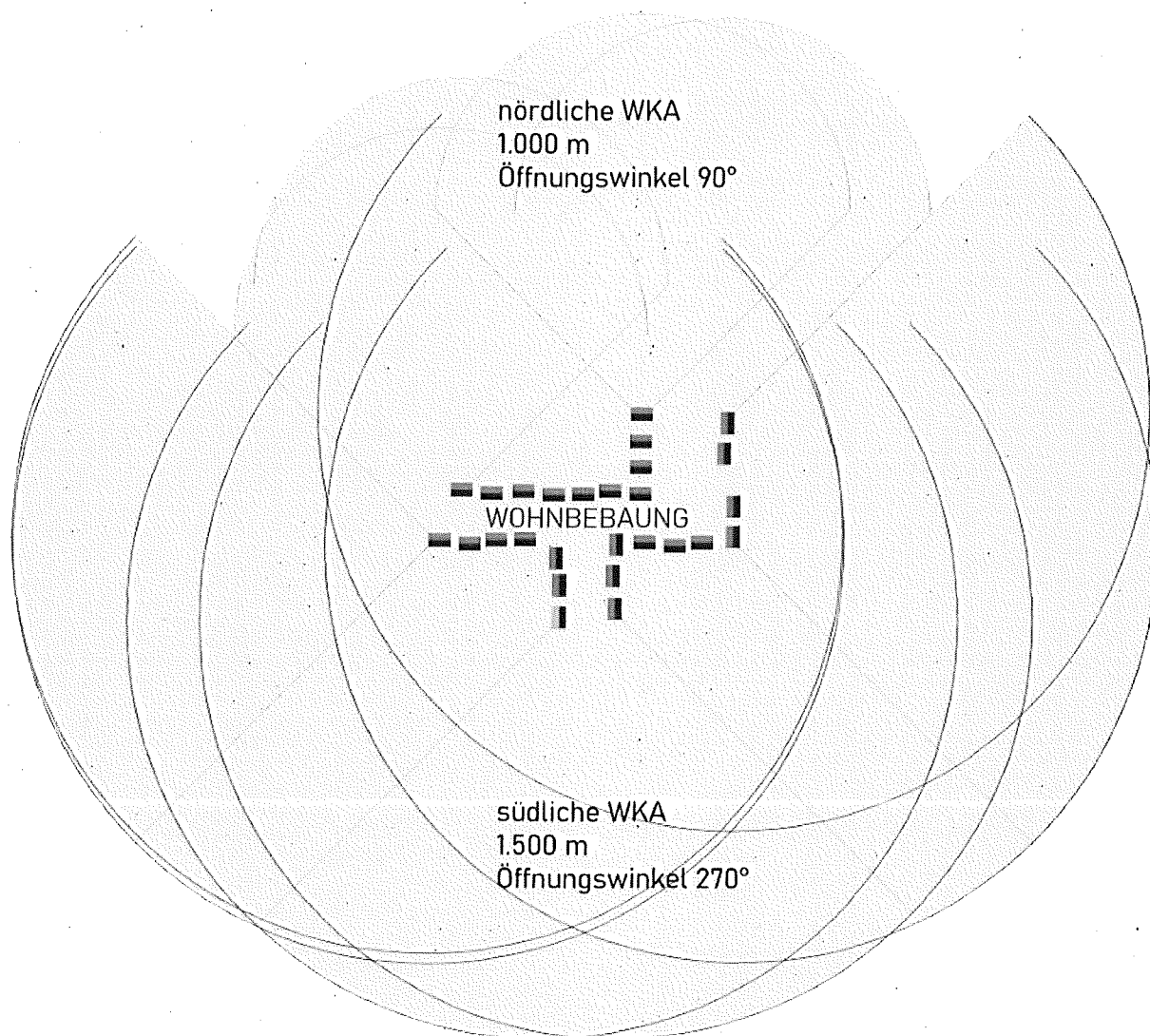
Für die maximale Höhe von WKA scheint es keine Grenzen zu geben. Bei Stuttgart stehen WKA mit einer Nabenhöhen von 180 m mit einer Gesamthöhe von 250 m. Auch verursachen WKA, die nicht nördlich zum Siedlungsgebiet stehen, bei tiefstehender Sonne enorme Schattenspiele, die auf viele Menschen störend wirken.

Wir bitten Sie daher dringlich den Gesetzesentwurf anzupassen.

Vorschlag:

Zu errichtende WKA sollten in nördlicher Richtung einen Mindestabstand von 1.000 m mit einem Öffnungswinkel von 90° und in südlicher Richtung einen Mindestabstand von 1.500 m mit einem Öffnungswinkel von 270° zu allen Wohngebäuden einer Siedlung haben – siehe nachfolgende Darstellung.

Darstellung der einfach zu ermittelnden Abstandsregelung:



Aufgrund einer differenzierten und erweiterten Abstandsregelung ist davon auszugehen, dass störende Einflüsse von Windkraftanlagen auf die vorhandene bzw. auf geplante Wohngebiete minimiert werden und der Bürger eine größere Akzeptanz haben wird.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung. – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1584 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">HK Südthüringen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Körperschaft des öffentl. Rechts</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Industrie- u. Handelskammer Südthüringen</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Bahnhofstraße 4 - 8 98527 Suhl</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	HK Südthüringen	Körperschaft des öffentl. Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	Industrie- u. Handelskammer Südthüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstraße 4 - 8 98527 Suhl	Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	HK Südthüringen	Körperschaft des öffentl. Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Industrie- u. Handelskammer Südthüringen									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstraße 4 - 8 98527 Suhl									
Postleitzahl, Ort											
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>											
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
	Postleitzahl, Ort										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Selbstverwaltung der regionalen Wirtschaft	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Dem Gesetzentwurf wird zugestimmt	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Suhl, 17.11.2020	



Industrie- und Handelskammer
Südthüringen

Hauptgeschäftsführer

Industrie- und Handelskammer Südthüringen / Postfach 30 02 40 / 98502 Suhl

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/737

zu Drs. 7/1584

Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer Abstands-
regelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung – Drucksache 7/1584 –

Datum
17.11.2020

Ihr Zeichen/Nachricht vom

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Ansprechpartner

die Industrie- und Handelskammer (IHK) Südthüringen dankt für die Möglichkeit der Beteili-
gung am Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags
zur Änderung der Thüringer Bauordnung und nimmt wie folgt Stellung:

E-Mail

Telefon

Fax

www.suhl.ihk.de

Der von der CDU-Fraktion des Thüringer Landtags eingebrachte Gesetzentwurf zur Än-
derung der Thüringer Bauordnung wird befürwortet.

Erläuterung

Im Ergebnis eines breiten Meinungsbildungsprozesses hat das höchste Gremium der IHK
Südthüringen, die Vollversammlung, mit ihren Wirtschaftspolitischen Grundpositionen 2020
beschlossen, dass das Land Thüringen die 10H-Regelung der bayerischen Landesbauordnung
übernehmen soll. Da mit der kürzlich eingeführten Länderöffnungsklausel nach § 249 Abs. 3
BauGB der Mindestabstand auf maximal 1.000 Meter festgesetzt werden kann, soll zumin-
dest dieser Abstand voll ausgeschöpft werden.

Die Südthüringer Unternehmen vertreten zum Thema Windkraft unterschiedliche Auffas-
sungen in einem durchaus breiten Meinungsspektrum. In den Fach- und Regionalausschüs-
sen der IHK Südthüringen haben sich Südthüringer Unternehmen, beispielsweise aus dem
Gastgewerbe, dem Verkehrsgewerbe oder dem produzierenden Gewerbe, intensiv und kon-
struktiv mit dem Thema Windräder im Spannungsfeld von Wald als Wirtschaftsgut und tou-
ristischer Bedeutung des Waldes auseinandergesetzt.

1/2

INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER
SÜDTHÜRINGEN

Hauptgeschäftsstelle
Bahnhofstraße 4-8
98527 Suhl

Bildungszentrum
Hauptstraße 33
98528 Suhl-Mabendorf

Niederlassung Arnstadt
Krappgartenstraße 37-41
99310 Arnstadt

Niederlassung Sonneberg
Gustav-König-Straße 27
98515 Sonneberg

Neben der bereits genannten Forderung nach Einführung der 10H-Regelung wird außerdem gefordert, dass die Belange von Natur- und Umweltschutz sowie der Gesundheit und Lebensqualität der Bürger angrenzender Orte bei der Ausweisung von Windvorranggebieten abgewogen werden müssen und in touristisch bedeutsamen Gebieten keine Windvorranggebiete ausgewiesen werden sollen. Die Errichtung von Windkraftanlagen im Wald wird grundsätzlich abgelehnt.

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführer

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilG in der Beteiligtransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

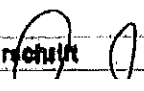
Bitte gut lesertlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1584 -											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p> <table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>ThüringenForst -AöR</td> <td>Anstalt öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td>ThüringenForst -AöR</td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Hallesche Str. 16</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99085 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	ThüringenForst -AöR	Anstalt öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse	ThüringenForst -AöR	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hallesche Str. 16	Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt
Name	Organisationsform										
ThüringenForst -AöR	Anstalt öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse	ThüringenForst -AöR										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Hallesche Str. 16										
Postleitzahl, Ort	99085 Erfurt										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilG)</p> <table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddkG)	
	Untere Forstbehörde nach Thüringer Waldgesetz	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddkG)	
	Aufgaben und Belange, die die Landesforstanstalt zu vertreten hat, wären von der vorgesehenen Gesetzesänderung nicht berührt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddkG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddkG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 18.11.2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

THÜR. LANDTAG POST
19.11.2020 13:21

2831412020



ThüringenForst · Hallesche Straße 16 · 99085 Erfurt

ThüringenForst - Zentrale
Der Vorstand

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und
Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Tel.: +49 361 3789-800
Fax: +49 361 3789-809

zentrale@forst.thueringen.de

Ihr Zeichen / Ihre Nachricht vom

Geschäftszeichen
8031-K-102-2020-0002

Bearbeiter / Durchwahl

Datum
18.11.2020

**Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer
Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU -Drucksache 7/1584-**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum oben genannten Gesetzentwurf Stellung nehmen zu dürfen.

Der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung der Thüringer Bauordnung hebt explizit auf die gesetzliche Festlegung eines Mindestabstands von Windenergieanlagen von 1.000 Metern zu Wohngebäuden in Gebieten mit Bebauungsplänen (§ 30 BauGB), innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile (§ 34 BauGB) und im Geltungsbereich von Satzungen nach § 35 Abs. 6 BauGB ab.

Die vorgeschlagene Festschreibung eines Mindestabstands von 1.000 Metern zwischen Windenergieanlagen und Wohngebieten in § 91 der Thüringer Bauordnung gemäß den §§ 30, 34 BauGB ist aus der Perspektive der Landesforstanstalt unkritisch und angemessen; hierdurch sind keine Auswirkungen auf Waldflächen bzw. auf deren Inanspruchnahme zu erwarten.

Kritisch wäre es nach Auffassung der Landesforstanstalt hingegen, wenn sich die generelle Festsetzung eines Mindestabstandes von 1.000 Metern auch auf eine Vielzahl an Splittersiedlungen oder Einzelgehöften im Außenbereich erstreckte. Durch zu große räumliche Einschränkungen könnte der Gestaltungsspielraum für die Ausweisung von neuen Vorranggebieten für Windenergie oder für ein mögliches Repowering vorhandener (Alt-)Standorte deutlich eingeschränkt werden.

Eine angemessene Beteiligung der Windenergie auch in Thüringen ist unseres Erachtens unverzichtbar, um die Klimaziele erreichen zu können. Ein Verfehlen derselben ginge zulasten des bereits in seiner Vitalität geschwächten Ökosystems Wald (Stichworte Dürre- und Trocknisschäden). Die Landesforstanstalt hat daher ein vitales Interesse daran, dass die nationalen Klimaziele erreicht werden; ein nennenswerter Thüringer Beitrag ist hierfür unverzichtbar.

Geschäftsanschrift
ThüringenForst
Anstalt öffentlichen Rechts
Hallesche Straße 16
99085 Erfurt
Tel.: +49 361 3789-800
Fax: +49 361 3789-809
zentrale@forst.thueringen.de
www.thueringenforst.de

Verwaltungsratsvorsitzender

Vorstand

Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass durch einen möglichen Verweis auf § 35 Abs. 6 BauGB in einem neu zu fassenden § 91 ThürBauO keine nennenswerten Einschränkungen der möglichen Gebietskulisse für die Errichtung bzw. ein Repowering von Windenergieanlagen zu erwarten sind.

Nicht zuletzt könnte durch zu starre Mindestabstandsregelungen zu Wohnbebauungen in Anlehnung an § 35 Abs. 6 BauGB der Druck auf die Inanspruchnahme weiterer Waldflächen erhöht werden, die bislang nicht für eine Nutzung durch Windenergie vorgesehen waren.

Angesichts des Vorstehenden sprechen wir uns dafür aus, für ein Repowering bestehender Windenergieanlagen die Möglichkeit einer fallweisen Unterschreitung des Mindestabstands zu Wohnbebauungen in Betracht zu ziehen, sofern ein besonderes öffentliches Interesse besteht und die Akzeptanz gewährleistet ist.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage:

Formular Zustimmung gemäß § 5 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenz-
dokumentationsgesetz

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1584 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Ingenieurkammer Thüringen</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gustav-Freytag-Straße 1</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse	Ingenieurkammer Thüringen	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gustav-Freytag-Straße 1	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Ingenieurkammer Thüringen									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gustav-Freytag-Straße 1									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Die IKT als KÖR vertritt die berufsständischen Interessen der laut ThürAIKG eingetragenen Kammermitglieder in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Es wird angeregt, technische Bewertungen und Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen bei der Festlegung des jeweilig geeigneten Mindestabstandes angemessen zu würdigen. Beispielsweise könnte ein „Richtwert“ zum Mindestabstand zwischen Windenergieanlage und Wohnbebauung eingeführt werden, der der zehnfachen Achsenhöhe der Windenergieanlage entspricht.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 19.11.2020	



Ingenieurkammer Thüringen • Gustav-Freytag-Str. 1 • 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Der Präsident

Anschrift: Gustav-Freytag-Str.
99096 Erfurt
Telefon: 0361
Telefax: 0361
E-Mail: info@ikth.de
Internet: <http://www.ikth.de>

Thüringer Landtag
Zuschrift
71754

zu Drs. 7/1584

Datum: 19. November 2020

Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung - Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung.
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
-Drucksache 7/1584-

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrter Herr Ministerialrat Heilmann,

wir bedanken uns, dass der Ingenieurkammer Thüringen die Gelegenheit gegeben wird, zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU „Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung - Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung“ (Drucksache 7/1584) Stellung zu nehmen.

Die Ingenieurkammer Thüringen vertritt als Körperschaft öffentlichen Rechts die berufsständischen Interessen der Ingenieurinnen und Ingenieure, die in dem von der Kammer geführten Mitgliederverzeichnis eingetragen sind.

Der im o. g. Gesetzentwurf vorgesehene einheitliche Mindestabstand zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung von 1.000 Metern kann nach unserem Dafürhalten nur in bestimmten Fällen dazu beitragen, die Akzeptanz von Windenergieanlagen zu erhöhen. Da durch die undifferenzierte Festlegung eines verbindlichen Mindestabstandes die angemessene Berücksichtigung örtlicher Gegebenheiten nicht uneingeschränkt möglich ist, erscheint die Festlegung eines Abstandes zwischen Windenergieanlage und Wohnbebauung zweckmäßig, in dessen Bestimmung Ergebnisse technischer Bewertungen bzw. wissenschaftlicher Untersuchungen eingehen. Ein starrer Mindestabstand für alle Anwendungsfälle ist ein zu weit gefasster Kompromiss.

Aufgrund der kontrovers geführten Diskussion zur Aufstellung von Windenergieanlagen liegt eine entsprechende Anzahl von Studien vor, die sich mit der Nutzung der Windenergie kritisch auseinandersetzen. Insbesondere die massive Veränderung des Landschaftsbildes und auftretende Emissionen werden thematisiert. Auch gesundheitliche Beeinträchtigungen bei Anwohnern werden mit dem Betrieb der Anlagen in Verbindung gebracht. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, Tieffrequenzschall und Infraschall messtechnisch verlässlich zu erfassen und belastbar zu bewerten. Die physikalische Grundlage von Schall sind periodische Luftdruckschwankungen, wobei die subjektiv empfundene Lautstärke (in dB) in Abhängigkeit der Größe und der Anzahl der Windenergieanlagen sowie der Entfernung zur

Windenergieanlage unterschiedlich ist und als ein periodisches Geräusch wahrgenommen wird.

Insofern regen wir an, technische Bewertungen und Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen bei der Festlegung des jeweilig geeigneten Mindestabstandes angemessen zu würdigen.

In die Festlegung des jeweilig akzeptablen Mindestabstandes sollten deshalb unterschiedliche Kriterien einbezogen werden.

Neben dem Verhältnis der Höhe der Windenergieanlage zum Abstand zwischen Windenergieanlage und Wohngrundstücken sollte auch die Anzahl der Windräder (Windpark) Einfluss auf die Festlegung eines größeren Abstandes zur Wohnbebauung haben.

Hier könnte beispielsweise ein „Richtwert“ zum Mindestabstand zwischen Windenergieanlage und Wohnbebauung eingeführt werden, der der zehnfachen Achsenhöhe der Windenergieanlage entspricht.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1584 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen</td> <td>Körperschaft d. öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Raschkinplatz 7</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07545 Gera</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen	Körperschaft d. öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Raschkinplatz 7	Postleitzahl, Ort	07545 Gera
Name	Organisationsform										
Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen	Körperschaft d. öffentlichen Rechts										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Raschkinplatz 7										
Postleitzahl, Ort	07545 Gera										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

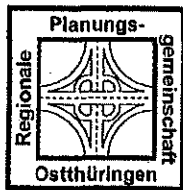
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Regionalplanung	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Der Gesetzesentwurf entspricht in seiner jetzigen Ausgestaltung nicht den Vorgaben des BauGB. In der Ländereffnungsklausel des § 249 Abs. 3 BauGB gibt der Bundesgesetzgeber vor, dass der Landesgesetzgeber die „weiteren Einzelheiten [...] zu den Auswirkungen der festgelegten Abstände auf Ausweisungen in geltenden Flächennutzungsplänen und Raumordnungsplänen“ regeln muss. Das ist bisher nicht geschehen. Hierzu muss sich der Gesetzgeber äußern.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

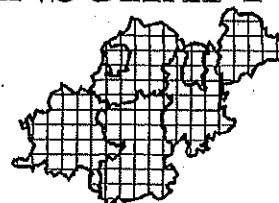
Ort, Datum	Unterschrift
Gesa, 23.11.20	

REGIONALE PLANUNGSGEMEINSCHAFT OSTTHÜRINGEN



Körperschaft des öffentlichen Rechts

Präsidentin



Regionale Planungsstelle beim
Thüringer Landesverwaltungsamt • Postfach 1464 • 07504 Gera

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und
Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

E-Mail:

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/155

zu Drs. 7/1584

Ihr Zeichen/Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen (Bitte bei Antwortschreiben angeben)

Gera

23.11.2020

Stellungnahme der Regionalen Planungsgemeinschaft Ostthüringen im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens des Thüringer Landtages zu der Landtagsdrucksache 7/1584

Ihr Schreiben vom 16. Oktober 2020 - Anhörungsverfahren gemäß § 79 der
Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit 1997 sind Windenergieanlagen im Außenbereich bauplanungsrechtlich privilegiert (§ 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB). In Thüringen sind die vier Regionalen Planungsgemeinschaften dafür zuständig, Vorranggebiete Windenergie mit der Wirkung von Eignungsgebieten auszuweisen, um große, raumbedeutsame Windenergieanlagen auf bestimmte Außenbereichsflächen zu konzentrieren und den Planungsraum im Übrigen von Windenergieanlagen freizuhalten (§ 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB i. V. m. 5.2.13 V des Landesentwicklungsprogramms Thüringen 2025). Diese Art der Planung wird daher auch als „Konzentrationszonenplanung“ bezeichnet.

Eine große Besonderheit bei der Konzentrationszonenplanung liegt darin, dass das Bundesverwaltungsgericht sehr genaue Vorschriften dazu erlassen hat. Es hat zum einen genau die Abfolge der Arbeitsschritte bei der Planung vorgegeben und zum anderen festgelegt, dass die Planungsgemeinschaften eine bestimmte Mindestmenge an Vorranggebieten Windenergie ausweisen müssen (vgl. BVerwG, Urteil vom 11. April 2013 – 4 CN 2/12).

Genügt die Konzentrationszonenplanung diesen Anforderungen nicht, so wird sie vor Gericht für unwirksam erklärt. An die Stelle der Konzentrationszonenplanung tritt dann die uneingeschränkte baugesetzliche Privilegierung der Windenergienutzung. Das bedeutet, dass Windenergieanlagen dann überall dort genehmigt werden müssen, wo die gesetzlichen Voraussetzungen nach § 35 Abs. 1 BauGB vorliegen.

Hinweise zum Umgang mit Ihren Daten innerhalb der Regionalplanung Thüringens finden Sie im Internet unter:
<http://www.regionalplanung.thueringen.de/rpg/star/ds/index.asp>. Auf Wunsch übersenden wir Ihnen eine Papierfassung.

PRÄSIDENTIN:

• LANDRATSAMT GREIZ • DR. RATHENAU-PLATZ 11 • 07973 GREIZ

REGIONALE PLANUNGSSTELLE BEIM THÜRINGER LANDESVERWALTUNGSAMT • PUSCHKINPLATZ 7 • 07545 GERA • ☎

Die Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie beruht auf einem regional abgestimmten und abgewogenen Gesamtkonzept zur Nutzung der Windenergie und dient den in § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG formulierten raumordnerischen Grundsätzen, den räumlichen Erfordernissen des Klimaschutzes Rechnung zu tragen und die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Planungsregion Ostthüringen zu schaffen.

Die Regionale Planungsgemeinschaft Ostthüringen (RPG) vertritt die Position, dass die Konzentrationszonenplanung ein bewährtes Mittel darstellt, Windenergieanlagen auf geeignete Standorte zu lenken und damit andere, sensible Regionsteile von der Windenergienutzung auszuschließen.

Für die rechtssichere Aufstellung solch eines Planungskonzeptes ist u. a. die Frage, welche Abstände zwischen Windenergieanlagen und vorhandenen oder geplanten Wohnsiedlungsbereichen zwingend einzuhalten sind (hartes Tabukriterium) und darüber hinaus vorsorgend freigehalten werden sollen (weiches Tabukriterium) von großer Relevanz; nehmen doch gerade letztere Abstände aufgrund der siedlungsstrukturellen Gegebenheiten bereits einen Großteil des Planungsraumes ein. So werden über diese beiden Tabukriterien bereits knapp über 80 % der Regionsfläche der Planungsregion Ostthüringen von der Nutzung der Windenergie ausgeschlossen. Darin enthalten sind noch die ebenfalls großflächig ausgeprägten Schutzgebietskategorien nach Naturschutzrecht.

Bezüglich geeigneter Abstandsregelungen von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung hält die RPG daher eine differenzierte Herangehensweise für erforderlich und verweist auf den von ihr im Rahmen der am 26.06.2020 beschlossenen Genehmigungsvorlage des Sachlichen Teilplans Windenergie aufgestellten Kriterienkatalog zur Ermittlung der Vorranggebiete Windenergie, einzusehen unter <https://regionalplanung.thueringen.de>.

Im Sachlichen Teilplan Windenergie hat die RPG als Plangeber gemäß Ziel Z 3-3 insgesamt 22 Vorranggebiete Windenergie auf einer Fläche von 1.882 ha vorgesehen. Mit den hierbei in Ansatz gebrachten Siedlungsabständen ist sichergestellt, dass zur Gewährleistung eines hohen Schutzniveaus für Umwelt und Wohnbevölkerung grundsätzlich ein Schutzabstand von 1.000 m zur Wohnbebauung gilt. Gleichzeitig ist die RPG aber auch dazu verpflichtet, einen angemessenen Interessensausgleich für die Flächen zu finden, auf denen bereits Windenergieanlagen unterhalb des 1.000 m Abstandes errichtet wurden. Hier sind die Eigentumsinteressen der betroffenen Windenergieanlagenbetreiber, der Flächenbesitzer sowie der Kommunen (in Form von aufgestellten Bauleitplänen für die Windenergienutzung) im Sinne des Gegenstromprinzips (§ 1 Abs. 3 ROG), die entsprechende Vorbelastung der Landschaft sowie der durch die Bestandsanlagen eingetretene „Gewöhnungseffekt“ - diese Flächen sind i.d.R. weniger konfliktbehaftet - bei der Bestimmung der weichen Abstandskriterien (Tabubereiche) zu berücksichtigen. Ein solch differenziertes Vorgehen steht nicht nur in Einklang mit der Rechtsprechung, vielmehr würde sich die RPG einem Rechtsrisiko aussetzen, würde sie ein entsprechendes Interesse am Repowering solcher Windenergieanlagen gar verkennen.

Um der Privilegierungsentscheidung des Gesetzgebers Rechnung zu tragen und für die Windenergienutzung in substanzieller Weise Raum zu schaffen, hat die RPG im Sachlichen Teilplan Windenergie daher auch Flächen unterhalb des 1.000 m Siedlungsabstandes als Vorranggebiete Windenergie ausgewiesen. Diese im Ziel Z 3-4 bestimmten Teilbereiche umfassen in Summe 12 % der Gebietskulisse der 22 Vorranggebiete Windenergie. Obwohl diese Flächen i.d.R. etablierter und akzeptierter und damit weniger konfliktbehaftet sind, sollen aber auch in diesen Fällen die angrenzenden Siedlungen oder vergleichbar schutzbedürftigen Nutzungen vor den

Auswirkungen der Windenergieanlagen geschützt werden. Aus diesem Grund wird die Höhe der Windenergieanlagen in den 10 Teilflächen der Vorranggebiete, die in einem Abstand zwischen 850 m (im Falle der schon erfolgten bauleitplanerischen Sicherung für die Windenergie 750 m) und 1.000 m zu Siedlungsflächen oder zu anderen vergleichbar schutzbedürftigen Nutzungen liegen, auf 200 m Gesamthöhe beschränkt. Damit hat die RPG ein die unterschiedlichen Interessen austarierendes Abstandskonzept angewandt, bei dem ein hohes Schutzniveau für Umwelt und Wohnbevölkerung gewährleistet wird.

Was die Definition der Gebiete mit baulicher Nutzung zu Wohnzwecken, also die „Schutzräume zur Wohnbebauung“ zu denen der Mindestabstand gelten soll, betrifft, besteht bereits jetzt eine Passfähigkeit des Gesetzesentwurfs zum o. g. Kriterienkatalog zur Ermittlung der Vorranggebiete Windenergie. So bestimmt die Regelung, dass der Mindestabstand von 1.000 m nicht auf sog. Splittersiedlungen und Einzelgehöfte im Außenbereich Anwendung finden soll. Das ist positiv hervorzuheben, da so die bestehenden Unterschiede hinsichtlich der Schutzbedürftigkeit und Schutzwürdigkeit von Siedlungsflächen im Innen- und Außenbereich nicht eingeebnet werden. Wie gezeigt, berücksichtigt die dargestellte Vorgehensweise der RPG jetzt schon u. a. eine mögliche Mehrbelastung der Anwohner, so dass eine entsprechende Festlegung seitens der Landesregierung nicht zwingend notwendig ist.

Für den Fall, dass die Konzentrationszonenplanung den o. g. höchststrichterlichen Anforderungen nicht genügt und für unwirksam erklärt wird, in deren Folge die Steuerungswirkung im Sinne des Ausschlusses raumbedeutsamer Windenergieanlagen an anderer Stelle entfällt, könnte der Gesetzesentwurf zur Akzeptanzsteigerung beitragen. Dann wäre nämlich sichergestellt, dass Windenergieanlagen, welche in einem geringeren Abstand als die 1.000 m errichtet werden sollen, nicht mehr als privilegierte Vorhaben gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB zu qualifizieren sind, wodurch sie i. d. R. nicht mehr genehmigungsfähig wären.

Damit auch zukünftig Konzentrationszonenplanungen erfolgen können, ist es erforderlich, dass die Landesregierung (nur) solche Vorgaben erlässt, die auch weiterhin eine rechtskonforme Konzentrationszonenplanung ermöglichen. Vor diesem Hintergrund erachtet die RPG folgende Punkte für kritisch:

- Der Gesetzgeber sollte sich unbedingt, wie in § 249 Abs. 3 Satz 3 BauGB gefordert, zu den Auswirkungen auf bestehende Pläne (z. B. Regionalpläne) äußern. Hier ist zu bedenken, dass die in Kraft befindlichen Regionalpläne und die abschließend abgewogenen Pläne, bei denen nur noch die Genehmigung und Inkraftsetzung aussteht, schlüssige Planungskonzepte darstellen, die auf jahrelangen Abwägungs- und Abstimmungsprozessen beruhen.
- Zwar ist ein „konsequentes Repowering“ (siehe LT-Drs. 7/171 Nummer I. 4. i. V. m. LT-Drs. 7/1585) nicht an allen Standorten die bereits mit Windenergieanlagen bebaut sind möglich, jedoch erschwert der Gesetzesentwurf ein Repowering von Windenergieanlagen unterhalb des 1.000 m Abstandes, obwohl viele dieser Standorte weiterhin gute Eigenschaften für die Nutzung der Windenergie aufweisen. So könnte von einem Repowering moderner leistungsfähiger Windenergieanlagen in diesen weit überwiegend konfliktarmen Bestandsflächen ein nicht unwesentlicher Beitrag zur Erreichung der energiepolitischen Zielsetzung des Freistaates Thüringen ausgehen. Hierzu bedarf es einer Auseinandersetzung insbesondere im Zusammenspiel mit dem Gesetzesentwurf für ein „Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Waldgesetzes“ (LT-Drs. 7/62), denn beide Gesetzesentwürfe haben beträchtliche räumliche Auswirkungen auf die Fläche, die dem Plangeber zur Verfügung steht, um die Vorgaben des Bundesverwaltungs-

gerichts zur Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie (in dem Sinne, dass der Windenergienutzung substanziell Raum verschafft werden muss) zu erfüllen.

- Im Vorwort zum aktuell gültigen Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025 aus dem Jahr 2014 heißt es: „Im LEP 2025 wird der Thüringer Weg für die Energiewende definiert. Das LEP 2025 setzt auf technologieoffene Mengenziele und nicht auf eine einseitige Bevorzugung, beispielsweise der Windenergienutzung.“ Das LEP 2025 enthält diesbzüglich Vorgaben für die Träger der Regionalplanung, die in den Regionalplänen umzusetzen sind. Der Gesetzgeber sollte daher vorrangig prüfen, welche Möglichkeiten sich aus der geplanten Überarbeitung des Landesentwicklungsprogramms ergeben könnten.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/1584 -

1. Haben Sie sich als Vertreter einer **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name	Organisationsform
Arbeitsgruppe Artenschutz Thür. e.V. Leiter der AAT	eingetragener Verein
Geschäfts- oder Dienstadresse	
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Thymianweg 25
Postleitzahl, Ort	07745 Jena

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)

Name	Vorname
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
Straße, Hausnummer	
Postleitzahl, Ort	

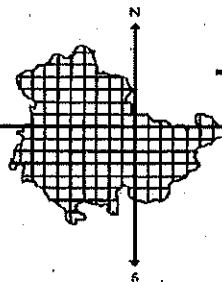
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena 23.11.2020	

Arbeitsgruppe ARTENSCHUTZ Thüringen e.V.



Arbeitsgruppe ARTENSCHUTZ Thüringen e.V., Thymianweg 25, D-07746 Jena

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur,
Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1

99096 Erfurt

www.ag-artenschutz.de

Nach Bundesnaturschutzgesetz
anerkannter Naturschutzverband

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom
16.10.2020

Unsere Zeichen

Datum
23.11.2020

Stellungnahme

Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung

Sehr geehrte Frau
Sehr geehrte Damen und Herren,

zu o.g. Vorgang nehmen wir nach Sichtung der Unterlagen wie folgt Stellung.

Der im Artikel 1 und im § 91 getroffenen Formulierung stimmen wir zu. Der gesetzlich vorgesehene auf einheitlich 1000 m festgelegte Mindestabstand ist unbedingt zu realisieren.

Mit freundlichen Grüßen

Thüringer Landtag

Zuschrift

7/771

zu Drs. 7/1584

Leiter der AAT

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung - Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drs. 7/1584											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">BI Gegenwind im Kleinen Thüringer Wald</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Kiesweg 13</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">98553 Schleusingen</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	BI Gegenwind im Kleinen Thüringer Wald		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kiesweg 13	Postleitzahl, Ort	98553 Schleusingen
	Name	Organisationsform									
	BI Gegenwind im Kleinen Thüringer Wald										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Kiesweg 13									
Postleitzahl, Ort	98553 Schleusingen										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligenttransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung - Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung +											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
1.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Vereinigung freischaffender Architekten</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;">Meineckestraße 18</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99092 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Vereinigung freischaffender Architekten		Geschäfts- oder Dienstadresse	Meineckestraße 18	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99092 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Vereinigung freischaffender Architekten										
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Meineckestraße 18									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort	99092 Erfurt										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilDokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilDokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

27.9/2021

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

25
7774

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1584											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"><tr><td>Name</td><td>Organisationsform</td></tr><tr><td>Thüringer Erneuerbare Energien Netzwerk</td><td>e.V.</td></tr><tr><td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td><td>neu: Schmalzstecker Str. 10, 99084 alt: Mainzerhofstr. 10</td></tr><tr><td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td><td></td></tr><tr><td>Postleitzahl, Ort</td><td>99084 Erfurt</td></tr></table>	Name	Organisationsform	Thüringer Erneuerbare Energien Netzwerk	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse	neu: Schmalzstecker Str. 10, 99084 alt: Mainzerhofstr. 10	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringer Erneuerbare Energien Netzwerk	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse	neu: Schmalzstecker Str. 10, 99084 alt: Mainzerhofstr. 10										
Straße, Hausnummer (oder Postfach)											
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										

99084
- - -

2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBetellG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse	<input type="checkbox"/> Wohnadresse
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Erneuerbare Energien	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	- „kein signifikant bedeutsamer Zusammenhang zwischen dem Abstand zur Wohnbebauung und der Akzeptanz für OEA empirisch“ belegt - Gesetzesentwurf wird dazu führen, dass Regionalplanung Windenergie nicht mehr substanzvoll Raum schaffen kann.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	

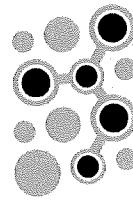
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)</small>	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte(n)transparenzdokumentation zu? <small>(§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)</small>	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 5.01.2021	

THÜR. LANDTAG POST
23.11.2020 14:33

28618/2020



ThEEN

Thüringer Erneuerbare
Energien Netzwerk e.V.

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

23. November 2020

Stellungnahme zur geplanten Änderung der Thüringer Bauordnung

Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU

– Drucksache 7/1584

hier: Anhörungsverfahren gemäß §79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Thüringer Erneuerbare Energien Netzwerk (ThEEN) e.V. bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme und legt hiermit zu dem oben genannten Gesetzentwurf folgende Erklärung ab:

Wir lehnen die vorgeschlagene Änderung zur Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung in der Thüringer Bauordnung ab.

Als Begründung für die Einführung des Mindestabstandes wird die damit zu erreichende Akzeptanzsteigerung aufgeführt. Jedoch kommen Experten nach Auswertung international anerkannter Studien zu dem Ergebnis, dass sich „kein signifikant bedeutsamer Zusammenhang zwischen dem Abstand zur Wohnbebauung und der Akzeptanz für Windenergieanlagen (WEA)

empirisch belegen lässt¹. Zur Akzeptanz von Windenergieanlagen führen stattdessen die immissionsschutzrechtliche Vorgaben, die für die Reduzierung der hör- und sehbaren Einschränkungen sorgen. Die Anforderungen werden dabei für jede Anlage einzeln geprüft, somit ergeben sich durch das Immissionsschutzrecht und die spezifische Größe bzw. Dimension der Anlage die erforderlichen Abstände. Hierbei wird auch die optische Wirkung der Anlagen berücksichtigt. Diese Prüfungen, die im BImSchG geregelt sind, sorgen dafür, dass die entscheidenden Einflussfaktoren vor der Installation einer Windenergieanlage untersucht und kontrolliert werden. Hierbei wäre eine pauschale Festlegung des Abstands auf 1.000 m zur Wohnbebauung nicht sinnvoll, dies würde lediglich zu einer Einschränkung der für die Windenergienutzung zur Verfügung stehenden Flächen führen. Im Hinblick auf die Erfüllung der Klimaschutzziele ist dies nicht zielführend und der Betrachtung der Aufgabe gegenüber der gesamten Gesellschaft nicht gerecht. Hierzu bietet der Bericht von Jan Stede und Nils May zu den bremsenden Auswirkungen von strikten Mindestabständen auf den Ausbau der Windenergie² einen guten Überblick.

Der Gesetzesentwurf wird dazu führen, dass die Regionalplanung der Windenergie auf Grund der kleiner werdenden zur Verfügung stehenden Fläche nicht mehrsubstanziell Raum schaffen kann. Des Weiteren steht die vorgeschlagene Abstandsregelung im Konflikt mit dem 2018 verabschiedeten Thüringer Klimagesetz, in dem der Windenergienutzung 1 % der Thüringer Landesfläche zugesichert wurde (§ 4 Abs. 2 S. 2 ThürKlimaG). Selbst ohne Vorgabe des Mindestabstands erreichen die aktuellen Ausführungen der Regionalen Planungsgemeinschaften nicht das zugesicherte 1 %-Ziel. Der Vorschlag der Einführung eines Mindestabstands zur Wohnbebauung würde zu einer Reduzierung der verfügbaren Flächen führen und das Erreichen der Thüringer Klimaziele in Frage stellen.

Eine Abstandsregelung sollte des Weiteren nur auf reine und allgemeine Wohngebiete angewendet werden können, die baurechtlich und in den entsprechenden Ortssatzungen als solche gekennzeichnet sind. Explizit ausgenommen werden sollten Mischgebiete, Gewerbegebiete, Industriegebiete, Dorfgebiete, Splittersiedlungen und Einzelgehöfte, da diese nicht der vorrangigen Wohnnutzung dienen und somit nicht vorrangig schutzwürdig sind.

¹ Mehr Abstand – mehr Akzeptanz? Ein umweltpsychologischer Studienvergleich, Fachagentur Windenergie an Land, <https://www.fachagenturwindenergie.de/services/veroeffentlichungen/studie-titel/mehr-abstand-mehr-akzeptanz.html>

² Jan Stede und Nils May. Strikte Mindestabstände bremsen den Ausbau der Windenergie, DIW Wochenbericht 48/2019, https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.698970.de/19-48-4.pdf

Im Gesetzesentwurf unter B. Lösung heißt es:

„Ausdrücklich unberührt bleiben weitergehende Vorsorgeabstände, die von den Planungsträgern für die in den Planungsregionen aufzustellenden Regionalplänen festgelegt werden können.“

Die Grundlage der Vorsorgeabstände wird hier nicht genannt und ist somit nicht nachvollziehbar. Die Gesetzgebung auf Bundesebene hat mit der Formulierung „höchstens 1.000 Meter“ den maximalen Abstand festgesetzt. Aus diesem Grund sind weiterführende Vorsorgeabstände von mehr als 1.000 m nicht zulässig, zumal die Akzeptanzgrenze mit 1.000 m definiert wird und somit kein Grund für eine Ausweitung der Mindestabstände zur Vorsorge gegeben ist.

Kommunen, die bereits positive Erfahrungen durch bestehende Windenergieparks gemacht haben, sollten die Möglichkeit haben, die 1.000 m zu unterschreiten (Opt-Out-Regel), da an diesen Stellen die Akzeptanz bereits gegeben ist. So könnte ein weiterer Ausbau in bestehenden Parks bzw. das Repowering gesichert werden.

Insgesamt Bedarf der Gesetzesentwurf einer weiteren Überarbeitung, Prüfung und Spezifikation. Regelungen zu Regional- und Bauleitplänen, die derzeit aufgestellt werden, wie auch für das Repowering fehlen und die Vereinbarkeit mit dem Thüringer Klimagesetz ist fraglich.

Mit freundlichen Grüßen

Der Vorstand

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetselten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung. – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1584 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>NABU Thüringen</td> <td>e.V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Leutra 15</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07751 Jena</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	NABU Thüringen	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Leutra 15	Postleitzahl, Ort	07751 Jena
Name	Organisationsform										
NABU Thüringen	e.V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Leutra 15										
Postleitzahl, Ort	07751 Jena										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Der NABU Thüringen setzt sich für den Schutz von gefährdeten Lebensräumen und gefährdeten Tier- und Pflanzenarten ein.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	- Zustimmung zu Festsetzung Mindestabstand - Mindestabstände dürfen WEA nicht in sensible Naturräume drängen. - Ablehnung der vorgeschlagenen Alternative einer Abstandsfäche zu baulichen Wohnanlagen nach § 35 Abs. C BauGB	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> Ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> Ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligte(n)transparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 23.11.2020	

THUR. LANDTAG POST
23.11.2020 15:39

28631/2020



NABU Thüringen · Leutra 15 · 07751 Jena

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und
Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Landesverband Thüringen

**Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer
Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung – Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 7/1584**

Jena, 23. November 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

der NABU Thüringen bedankt sich für die Bereitstellung der Unterlagen und die
Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der NABU Thüringen stimmt einer Festsetzung des Mindestabstands zwischen
Wohnungssiedlungen und Windenergieanlagen auf 1.000 m zu. Dies sollte die
Akzeptanz von Windkraftprojekten in der Bevölkerung fördern und die
Projektentwicklung beschleunigen.

Die Mindestabstände dürfen die Windenergieanlagen allerdings nicht in sensible
Naturräume drängen.

Der NABU Thüringen wendet sich jedoch gegen die dritte im Gesetzesentwurf
vorgeschlagene Alternative einer Abstandsfläche zu baulichen Wohnanlagen nach
§ 35 Abs. 6 BauGB, soweit diese nur wenige Wohneinheiten, z.B. einzelne
Gemeinschaftswohnhäuser erfassen würden. Darüber hinaus sehen wir einen
Schutz von kleineren Handwerks- und Gewerbebetrieben gemäß § 35 Abs. 6 BauGB
nicht als notwendig an. Diese stellen ebenso gewerbliche Anlagen dar wie
Windkraftanlagen.

NABU Thüringen
Leutra 15
07751 Jena

Mit freundlichen Grüßen

Landesgeschäftsführerin

Naturschutzbund (NABU) Thüringen e.V.
Der NABU Thüringen ist ein staatlich
anerkannter Naturschutzverband
(nach § 63 BNatSchG) und nimmt Stellung
zu naturschutzrelevanten Planungen.
Spenden und Beiträge sind steuerlich
absetzbar. Erbschaften und Vermächtnisse
an den NABU Thüringen sind steuerbefreit.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
LT-Drs. 7/1584 – Drittes Gesetz zur Änderung der ThürBO – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Thüringischer Landkreistag</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">e.V.</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landkreistag	e.V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringischer Landkreistag	e.V.									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfes aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6) <input type="checkbox"/> nein	
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)	
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 23.11.2020	

Formblatt zur Datenerhebung

nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.


Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung – Drucksache 7/1584											
1.	<p>Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Verband Thür. Wohnungs- u. Immobilienwirtschaft</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Verband (e.V.)</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Regierungsstraße 58</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Verband Thür. Wohnungs- u. Immobilienwirtschaft	Verband (e.V.)	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Regierungsstraße 58	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Verband Thür. Wohnungs- u. Immobilienwirtschaft	Verband (e.V.)									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Regierungsstraße 58									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	<p>Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson?</p> <p>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</p>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <p style="font-size: small;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</p> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <p style="font-size: small;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</p>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <p style="font-size: small;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</p>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Verbandsdirektor	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Eine einheitliche Abstandsregelung sichert die vorhandene Wohnqualität.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenz-dokumentation zu ? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, den 23.11.2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

Verband Thüringer Wohnungs- und
Immobilienwirtschaft e.V.

Verbandsdirektor



THÜR. LANDTAG POST
23.11.2020 16:07

vtw | Regierungsstraße 58 | 99084 Erfurt

28636/2020

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

23.11.2020

**Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags zum
Dritten Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer Abstands-
regelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung – Drucksache 7/1584**

Schriftliche Stellungnahme des vtw

Sehr geehrte Damen und Herren,

der vtw bedankt sich für die Möglichkeit der Abgabe einer Stellungnahme.

Windkraft soll in der Zukunft Thüringens eine bedeutende regenerative Energiequelle darstellen. Hierbei sehen wir auch die Notwendigkeit, Bürger vor belastenden Nebenwirkungen der Windkraft zu schützen (bspw. Infraschall, Blinksignale, Schattenwurf). Die vielen Großwohnsiedlungen der thüringer Wohnungsgenossenschaften und kommunalen Wohnungsgesellschaften liegen oft am Stadtrand bzw. außenliegenden Stadtteilen, inkl. der Nutzung von Punkthochhäusern mit bis zu 18 Geschossen und über 100 Wohnungen. Sie sind damit in besonderer Weise betroffen. Die Wohnqualität dieser Quartiere muss durch vorbeugende Maßnahmen, wie z. B. ausreichendem Abstand zu den Windkraftanlagen, geschützt werden. Vermieter selbst können ihre Mieter kaum wirkungsvoll schützen. Nur so kann die Wohnqualität unabhängig vom Gebäudestandort erhalten werden.

Der vtw begrüßt eine einheitliche Abstandsregelung von Windkraftanlagen zu Wohnbebauungen. Wir gehen davon aus, dass dies neben Beteiligungsmodellen die Akzeptanz der Windparks steigern wird.

Mit freundlichen Grüßen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs		
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung		
1.	bei natürlichen Personen	
	Name	
	Vorname	
	bei juristischen Personen	
	Name	
BUND Thüringen	Organisationsform e.V.	
2.	bei natürlichen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/>	
	(Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
	bei juristischen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer	Trommsdorffstraße 5
	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person
	Umweltverband	

4.	Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags Ein pauschaler Mindestabstand von 1.000 Metern zu Wohnbebauung führt weder zu mehr Naturschutz noch zu einer höheren Akzeptanz in der Bevölkerung. Ganz im Gegenteil könnten pauschale Mindestabstände dafür sorgen, dass Windenergieanlagen vermehrt in bisher unzerschnittenen Räumen projektiert werden und verstärkend auf Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz wirken. Dass auch die Akzeptanz in der Bevölkerung durch Mindestabstände nicht steigt, zeigt sich auch in der Studie „Mehr Abstand – mehr Akzeptanz?“ von 2015 der Fachagentur für Windenergie an Land e.V.. Maßnahmen, welche die Akzeptanz deutlich steigern sind transparente Planungsverfahren, Möglichkeit der Bürgerbeteiligung nicht nur an den Planungsprozessen, sondern auch an den Investitionen und Erträgen der Windkraft.	
5.	nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative Anlass der Stellungnahme Form der Stellungnahme <input type="checkbox"/> schriftlich <input type="checkbox"/> per E-Mail	
6.	nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers 	
7.	Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu. <input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

☒ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum Erfurt, 23.11.20	Unterschrift
--------------------------------	----------------------



Bund für Umwelt
und Naturschutz
Deutschland e.V.
Friends of the Earth
Germany

Landesverband
Thüringen e.V.

Abs.: BUND Thüringen e.V., Trommsdorffstraße 5, 99084 Erfurt
Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Zuschrift
71778

zu Drs. 7/1584

www.bund-thueringen.de

Erfurt, der 23.11.20

Stellungnahme zur Änderung der Thüringer Bauordnung

Sehr geehrte Damen und Herren,
für die Beteiligung an dem o.g. Verfahren und die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns. Wir nehmen zu dem Gesetzentwurf wie folgt Stellung:

Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU:

Ein pauschaler Mindestabstand von 1.000 Metern zu Wohnbebauung führt weder zu mehr Naturschutz noch zu einer höheren Akzeptanz in der Bevölkerung. Ganz im Gegenteil könnten pauschale Mindestabstände dafür sorgen, dass Windenergieanlagen vermehrt in bisher unzerschnittenen Räumen projektiert werden und verstärkend auf Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz wirken. Dass auch die Akzeptanz in der Bevölkerung durch Mindestabstände nicht steigt, zeigt sich auch in der Studie „Mehr Abstand – mehr Akzeptanz?“ von 2015 der Fachagentur für Windenergie an Land e.V.. Maßnahmen, welche die Akzeptanz deutlich steigern sind transparente Planungsverfahren, Möglichkeit der Bürgerbeteiligung nicht nur an den Planungsprozessen, sondern auch an den Investitionen und Erträgen der Windkraft.

Der BUND Thüringen lehnt daher pauschale Abstandsregelungen für Windkraftanlagen in der Thüringer Bauordnung ab, da damit weder mehr Akzeptanz, noch eine Erreichung der Klimaziele gewährleistet ist. Gleichwohl sind auch für die Windenergie die Kriterien der Nachhaltigkeit, des Naturschutzes und des Immissionsschutzes streng zu berücksichtigen. Wenn diese Kriterien in den Planungsverfahren berücksichtigt werden, lassen sich die Auswirkungen auf Natur und Menschen auf ein Mindestmaß senken.

Mit freundlichen Grüßen

Landesgeschäftsführer

Hausanschrift:
BUND Thüringen e.V.
Landesgeschäftsstelle
Trommsdorffstraße 5
99084 Erfurt

Der BUND ist ein anerkannter Naturschutzverband nach § 3 Umweltrechtsbehelfsgesetz. Spenden sind steuerabzugsfähig. Erbschaften und Vermächtnisse an den BUND Thüringen sind von der Erbschaftssteuer befreit. Wir informieren Sie gerne.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligtransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung - Einführung einer Abstandsregelung von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung											
Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU - Drucksache 7/1584 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2; Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur GmbH</td> <td>GmbH</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Mainzerhofstraße 10</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur GmbH	GmbH	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Mainzerhofstraße 10	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur GmbH	GmbH										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Mainzerhofstraße 10										
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Die Landesenergieagentur ThEGA informiert und berät Kommunen, Unternehmen und Bürger zu den Themen der Energiewende. Die ThEGA steht für fachliches Know-how, langjährige Erfahrung und anbieterneutrale Beratung. Für die erfolgreiche Umsetzung von Effizienz- und Klimaschutzmaßnahmen bringen wir Partner aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik zusammen und tragen so zum Gelingen der energie- und klimapolitischen Ziele Thüringens bei.	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Es bedarf einer differenzierteren Abstandsregelung zwischen Wohnbebauung und Windenergieanlagen. Vor allem für Repowering muss eine andere Regelung ausgearbeitet werden und es fehlt an Übergangsvorschriften.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 23.11.2020	



Thüringer
Energie- und
GreenTech-
Agentur.

ThEGA | Mainzerhofstraße 10 | 99084 Erfurt
Ausschuss Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Thüringer Landtag

Mainzerhofstraße 10, 99084 Erfurt
Telefon 0361
Telefax 0361
www.thega.de

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/779
zu Drs. 7/1584

■ Tiefgarage Theaterplatz
① Linie 4, Haltestelle Theater

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Aktenzeichen

Durchwahl

Datum

24. November 2020

Stellungnahme zur Drucksache 7/1584

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Anhörungsverfahren Drucksache 7/1584 (Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung - Einführung einer Abstandsregelung von Windenergieanlagen zur Wohnbebauung) reichen wir anbei unsere Stellungnahme ein.

Mit freundlichen Grüßen

Geschäftsleitung

Stellungnahme ThEGA

Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur GmbH (ThEGA) Vorsitzende
des Aufsichtsrates: Anja Slegesmund,
Thüringer Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz

Stellungnahme der ThEGA zum Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

hier: Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung –
Einführung einer Abstandsregelung von Windenergieanlagen zur
Wohnbebauung

Auf Bundesebene wurde mit dem Inkrafttreten des neuen § 249 Abs. 3 BauGB eine sogenannte Länderöffnungsklausel eingeführt, nach der die Länder die Möglichkeit erhalten, landesgesetzlich Mindestabstände von maximal 1.000 Meter zwischen Windenergieanlagen und zur baulichen Nutzungen zu Wohnzwecken festzulegen.

Diese Option soll nach dem Willen der CDU Fraktion mit der Drucksache 7/1584 genutzt und die Thüringer Bauordnung geändert werden.

Begründet wird der Änderungswunsch mit der Akzeptanzerhöhung gegenüber der Windenergienutzung und der Schaffung von Schutzräumen für Wohnbebauung.

Anzumerken sei, dass bereits durch den Thüringer Windenergieerlass von 2016 bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung ein Abstand zwischen Wohnbauflächen und Mischgebieten von 1.000 m für Windenergieanlagen ab einer Gesamthöhe von 150 m empfohlen wird.

Dies wurde bei der Fortschreibung der Regionalpläne durch alle vier Regionale Planungsgemeinschaften auch bedacht und in den jeweiligen Kriterienkatalogen festgelegt. In Mittelthüringen wurde dieser Abstand sogar darüber hinaus mit 1.250 m definiert.

Für eine Akzeptanzsteigerung durch verbindliche Abstände zwischen Windenergieanlagen und Wohnbebauung, gibt es aktuell keine verifizierbaren Belege.

Eine Studie der Umweltpsychologen Hübner und Pohl, - *Mehr Abstand – mehr Akzeptanz? Ein umweltpsychologischer Studienvergleich*, kommt zu dem Schluss, dass sich kein signifikant bedeutsamer Zusammenhang zwischen dem Abstand zur Wohnbebauung und der Akzeptanz für Windenergieanlagen empirisch belegen lässt.

Akzeptanz kann somit nicht durch Abstände geschaffen werden, sondern muss durch Beteiligung erarbeitet werden. Dabei ist nicht nur die finanzielle Beteiligung

gefragt, sondern auch die informelle und wenn möglich auch die planerische Beteiligung zu einem frühen Zeitpunkt.

Was an der Gesetzesinitiative fehlt, ist eine gesamtheitliche Betrachtung bzw. ein nachvollziehbarer Ansatz bezüglich der Thematik Windenergienutzung. Neben der fest verbindlichen Regelung des Abstandes zwischen Windenergieanlage und Wohnbebauung, steht weiterhin der Antrag zur Änderung des Waldgesetzes mit dem Ziel des Verbotes von Windenergieanlagen in Waldflächen, im Raum. Dabei wurde in den Koalitionsverhandlungen im Herbst 2014 von der CDU noch einer zumindest partiellen Nutzung bzw. Öffnung des Waldes für die Errichtung derartiger Anlagen zugestimmt.

Mit der gesetzlichen Festlegung des 1.000 m – Abstandes zur Wohnbebauung, dieser zu einem harten Kriterium würde und mithin nach Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts aus rechtlichen Gründen einer weiteren Abwägung entzogen ist, schränkt sich der planerische Gestaltungsspielraum für die Ausweisung von Vorranggebieten Windenergie in nicht unerheblicher Weise ein. Vor diesem Hintergrund und in diesem Zusammenhang sollte daher dezidiert überdacht werden, ob der Antrag zur Änderung des Waldgesetzes so aufrechterhalten werden sollte (siehe auch Stellungnahme zum Änderungsantrag Thüringer Waldgesetz).

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die Regionalen Planungsgemeinschaften u.a. dazu verpflichtet sind, einen angemessenen Interessenausgleich für Flächen zu finden, auf denen bereits Windenergieanlagen unterhalb des 1.000 m Abstandes errichtet worden sind. Hier sind die Eigentumsinteressen der betroffenen Anlagenbetreiber, der Flächenbesitzer sowie der Kommunen im Sinne des Gegenstromprinzips nach Raumordnungsgesetz, die entsprechende Vorbelastung der Landschaft sowie der durch die Bestandsanlagen eingetretene Gewöhnungseffekt bei der Bestimmung der weichen Abstandskriterien zu berücksichtigen.

Es wird sowohl den Regionalen Planungsgemeinschaften, wie auch den willigen Kommunen jegliche Planerische Gestaltungsmöglichkeit für das Repowering von Altstandorten unter 1.000 m Abstand genommen. Unter dem Gesichtspunkt, dass die Fraktion der CDU einen Antrag zur Erstellung einer Repoweringstrategie eingebracht hat, verwundert das und ist nicht nachvollziehbar.

Laut Gesetzesentwurf sollen Wohngebäude im Rahmen von Außenbereichssatzungen nach §35 Abs.6 BauGB mit bedacht werden und 1.000 m Abstand muss eingehalten werden. Dieser Passus wird als kritisch angesehen, da relativ einfach von Kommunen, Splittersiedlung und Einzelgehöfte, über eine Außenbereichssatzung als schutzwürdige Wohnnutzung eingestuft werden, obwohl sie von ihrem Standortcharakter im Außenbereich gerade nicht vordergründig zur Wohnnutzung geprägt sind.

Für diese Gebiete ist im Gesetzesentwurf eine Abstufung des Abstandes von 1.000 m vorzunehmen, da sonst auch die Befürchtung besteht, dass man die 1% Landesfläche zu Windenergienutzung nicht bereitstellen kann.

Insgesamt ist zu konstatieren, dass der Gesetzesentwurf geprüft und überarbeitet werden muss, vor allem gibt es auch keine Regelungen zu Übergangsfristen, die dringend für die Regionalplanung, laufende Genehmigungsverfahren aber auch aus Investitionsschutz für die oftmals sehr lange Planung von Windenergieprojekten gelten müssen.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1584 -											
1.	Haben Sie sich als Juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Industrie- und Handelskammer Erfurt</td> <td style="padding: 5px;">Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="padding: 5px;">Arnstädter Str. 34</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;">99096 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Industrie- und Handelskammer Erfurt	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 34	Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Industrie- und Handelskammer Erfurt	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Arnstädter Str. 34									
Postleitzahl, Ort	99096 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; padding: 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;"></td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 5px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="padding: 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="padding: 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Interessenvertretung der regionalen Wirtschaft in Mittel-, Nord- und Westthüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Die Berücksichtigung von Mindestabständen bei der Ausweisung von Windvorranggebieten (Abwägungskriterien) im Rahmen der Erstellung von Regionalplänen ist ausreichend.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 20.11.2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

9A72/2021

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

25
71786

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem **Gesetzentwurf** haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?

Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/1584 -

1. Haben Sie sich als **juristischen Person** geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)

Name

Organisationsform

THLEMV e.V.

Geschäfts- oder Dienstadresse

Straße, Hausnummer (oder Postfach)

Mohrental 8

Postleitzahl, Ort

99448 Rittersdorf

2. Haben Sie sich als **natürliche Person** geäußert, d. h. als Privatperson?
(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)

Name

Vorname

☐ Geschäfts- oder Dienstadresse

☐ Wohnadresse

(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Phyriker	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen ! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Zustimmung zum Mindestbestand von 1.000 m zu WEA in Thür BO.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Mohrvental, 13.04.2021	

THLEmV e. V., Thomas Heßland, Mohrental 8, 99448 Rittersdorf

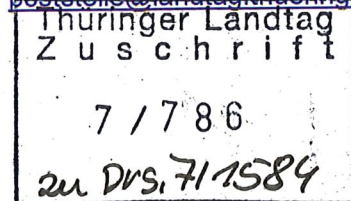


Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Den Mitgliedern des

Per E-Mail:

poststelle@landtag.thueringen.de



THÜR. LANDTAG POST
24.11.2020 10:03

Rittersdorf, 22.11.2020

28587/2020

Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtages

**Betr.: Gesetzentwurf der Fraktion der CDU: Drittes Gesetz zur Änderung der
Thüringer Bauordnung - Einführung einer Abstandsregelung von Windkraft-
anlagen zur Wohnbebauung (Drucksache 7/1584)**

(Die 6 dazugehörigen Anlagen werden
Aufgrund ihres Umfangs nur im AIS
Eingestellt und zusätzlich per E-Mail
verteilt.)

Sehr geehrte Mitglieder des Thüringer Landtages,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten (AfILF) hat in seiner 7. Sitzung, am 15. Oktober 2020 beschlossen, zum im Betreff genannten Gesetzentwurf ein schriftliches Anhörungsverfahren durchzuführen. Der Thüringer Landesverband Energiewende mit Vernunft e. V. (THLEmV) wurde mit Schreiben der Thüringer Landtagsverwaltung vom 16. Oktober 2020 gebeten, seine Auffassung zur Drucksache 7/1584 bis zum 23.11.2020 darzulegen.

Der THLEmV gibt zur beabsichtigten Änderung der Thüringer Bauordnung folgende **Stellungnahme** ab. Die Mitglieder im AfILF werden gebeten, die Hinweise und Argumente der Stellungnahme zur Kenntnis zu nehmen und entsprechend zu berücksichtigen.

0. Vorbemerkungen:

Der THLEmV vertritt in Thüringen seine Mitglieder, 60 Bürgerinitiativen (BI'n) und Kommunen, die dem Landesverband beigetreten sind.

Die Stellungnahme des THLEmV enthält:

1. die grundsätzliche Position des THLEmV zur Abstandsregelung von Windenergieanlagen,
2. die Auffassung und Bewertung zum vorliegenden Gesetzentwurf (Drucksache 7/1584) und
3. weitere Informationen zu schädlichen Emissionen bei zu geringem Abstand von WEA.

1. Die grundsätzliche Position des THLEmV zur Abstandsregelung von Windenergieanlagen (WEA)

Der THLEmV hält prinzipiell an der Forderung nach einer 10H-Abstandsregelung fest.

Eine 10H-Abstandsregelung, ist bei immer größer werdenden WEA-Gesamthöhen, insb. bei sogenannten Schwachwindanlagen, durch die physikalisch bedingt höheren Infraschall-Emissionen gerechtfertigt und geboten (Vorsorgeprinzip zum Gesundheitsschutz).

Eine geringere Abstandsregelung als 10H wirkt sich evident und langfristig folgeschwer auf das Wohlbefinden und den Gesundheitszustand der Menschen im nahen Siedlungsraum aus!

Die einzige reale Risikovorsorge bei Infraschall besteht in einem ausreichend großen Sicherheitsabstand von den Schallemissionsquellen (WEA, Windparks) zur Wohnbebauung.

Besonders zu berücksichtigen ist dabei, dass sich Menschen den überwiegenden Teil ihrer Lebenszeit im Wohnbereich aufhalten und der besondere Schutzbereich Wohnung, einen persönlichen Schutzraum, ein Jedermann-Grundrecht (gem. Art. 13 und 19 Grundgesetz) darstellt. Außerdem dient der Schlaf der Menschen in der Wohnung der körperlichen Erholung und Stärkung des Immunsystems, der Ausschüttung von Wachstumshormonen, der Regulierung des Stoffwechsels und der geistigen Erholung. Daher hat der „Wohn- und Schlafraum“ einen besonders hohen Stellenwert im Leben; er dient der Gesunderhaltung und dem Wohlbefinden.

Vergl. **Anlage 1: Offener Brief an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier von Rubikone Team Von Boetticher** und **Anlage 2: Dr. med. Thomas Stiller Infraschall – Bumerang der Energiewende.**

Als 2014 vom Bundestag im Baugesetzbuch (BauGB) eine Länderöffnungsklausel (§ 249 Abs. 3 BauGB) beschlossen wurde, konnten die Länder die Möglichkeit nutzen den räumlichen Geltungsbereich der Außenbereichsprivilegierung für Windenergie neu zu bestimmen und dazu bis Ende 2015 ein Landesgesetz verabschieden. Die Regierungskoalition in Thüringen (TH) – SPD, LINKE und GRÜNE – hat ihren Bürgern eine solche Abstandsregelung bewusst verweigert und die Frist verstreichen lassen.

Als einziges Bundesland machte der Freistaat Bayern (BY) von der im BauGB befristeten Möglichkeit Gebrauch, pauschale Abstände zwischen WEA und Wohngebäuden im Landesrecht festzulegen (10H-Abstandsregelung in BY).

Der Mindestabstand zwischen WEA und Wohngebäuden im Innenbereich muss seither in BY grundsätzlich das Zehnfache der Gesamthöhe der WEA betragen (10H-Regel). Moderne Windenergieanlagen insbes. im windschwächeren Binnenland erreichen Gesamthöhen von 200 m und mehr. Daraus resultiert ein faktischer Siedlungsabstand von 2.000 m und mehr. Ausnahmen von dieser Regelung sieht die Bayerische Landesbauordnung für die Darstellungen in Flächennutzungsplänen vor.

Mit der Neufassung des **§ 249 Absatz 3 im BauGB**, geändert durch **Artikel 2 des Gesetzes vom 8. August 2020** (BGBl. I S. 1793) Quelle:

https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/text.xav?SID=&tf=xaver.component.Text_0&toctf=&qmf=&hlf=xaver.component.Hitlist_0&bk=bgbl&start=%2F%2F%5B%40node_id%3D%27632472%27%5D&skin=pdf&tlevel=-2&nohist=1

können die Länder in Landesgesetzen den Bezugspunkt (bauliche Nutzung zu Wohnzwecken) den Mindestabstand zu WEA festlegen. Allerdings ist der Mindestabstand durch die neue Bundesreglung nun auf maximal 1.000 m zur Mitte des Mastfußes der WEA begrenzt. Darüber hinaus können die Länder weitere Regelungen treffen, insb. auch zur Auswirkung der Abstände auf bestehende Flächennutzungs- oder Regionalpläne. Bestehende Regelungen zu bisherigen Mindestabständen, z. B. die 10H-Regel in BY, die auf Grundlage der bisher bestehenden Länderöffnungsklausel des § 249 Absatz 3 BauGB schon getroffen wurden, haben Bestand.

Thüringen hat eine solche Chance auf Dauer verwirkt.

Wenn nun in Thüringen nachträglich mit dem Gesetzentwurf der Fraktion der CDU (Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung) die Einführung einer Abstandsregelung von WEA zur Wohnbebauung von zumindest 1.000 Metern landeseinheitlich festgelegt wird, wird dies gemäß Vorsorgeprinzip den Anforderungen an den Gesundheitsschutz der Menschen **nicht** mehr ausreichend (im notwendigen Maß) gerecht!

2. Zum Gesetzentwurf (Drucksache 7/1584)

Zu A. Problem und Regulationsbedürfnis

Das Ziel die Akzeptanz für Windenergieanlagen zu erhöhen und gleichzeitig Schutzzräume zur Wohnbebauung zu schaffen, indem Thüringen mit § 249 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) die Möglichkeit nutzt, landesgesetzlich Mindestabstände von höchstens 1.000 Metern zur bezeichneten baulichen Nutzungen von Wohnzwecken aufzunehmen, ist im Rahmen der nun bestehenden bundesrechtlichen Vorschriften nur ein **sehr kleiner Schritt in die richtige Richtung**.

Die Regelung sollte jedoch den Gesetzgeber und vor allem die Bürger (Wähler) nicht glauben lassen, dass damit das physikalische Grundproblem der sog. Energiewende und das Problem der gesundheitlichen Beeinträchtigung der betroffenen Bevölkerung mit verheerenden Langzeit- und Spätfolgen (verursacht durch Emissionen der WEA) gelöst werden kann.

An dieser Stelle sei an das ebenfalls verkannte Risiko und die viel zu späte Reaktion der/des Gesetzgeber/s auf das bis heute nicht gelöste Asbestproblem erinnert. Asbest galt einst als Heilsbringer in der Bauindustrie; brachte jedoch langfristig folgenschwere Gesundheitsschäden. Obwohl der Baustoff (Asbest) seit langer Zeit verboten ist gibt es immer noch allein in Deutschland ca. 1.500 Asbesttote jährlich.

Quelle: https://www.haufe.de/arbeitschutz/gesundheit-umwelt/asbest-erschreckende-zahlen-zu-einem-laengst-verbotenen-baustoff_94_292074.html

Zu B. Lösung

Falls Thüringen nun von der Länderöffnungsklausel im BauGB Gebrauch macht und den Mindestabstand gesetzlich auf einheitlich 1.000 Meter festsetzt, welcher für alle Gebiete mit baulicher Nutzung zu Wohnzwecken gelten soll, ist das dennoch **begrüßenswert**.

Das wäre erstmals eine thüringenweite und damit landeseinheitliche Regelung zu den WEA-Abständen zu Siedlungsflächen - über die Grenzen der Planungsgemeinschaften hinaus (Einheitlichkeit der Verwaltung und Gleichbehandlungsgrundsatz).

Ohne eine solche gesetzliche Regelung bestände sonst die Gefahr, dass die allgemeinen Normen im BauGB nach subjektivem Ermessen weiterhin unterlaufen werden könnten.

In dem Zusammenhang wird auf die unterschiedlichen „harten“ und „weichen“ „Tabuzonen“ (Abstandskriterien) in den Kriterienkatalogen zur Ausweisung der Vorranggebiete Windenergie der vier Planungsregionen in Thüringen hingewiesen.

Selbstredend wird auch vom THLEmV davon ausgegangen, dass

- weitergehende Vorsorgeabstände, die von Planungsträgern für die in den Planungsregionen aufzustellenden Regionalpläne festgelegt werden können, ausdrücklich unberührt bleiben sowie
- die Abstandskriterien von mehr als 1.000 Metern, die vor dem 08. August 2020 (beschlossenes Artikelgesetz) bzw. vor dem 13. August 2020 (Veröffentlichung des Artikelgesetzes im Bundesgesetzblatt) in den Regionalplänen festgelegt waren, Bestand haben und weiterhin gelten.

Nach der vorliegenden Neufassung des § 91 ThürBO werden Wohngebäude und Splittersiedlungen im Außenbereich nicht mit umfasst, es sei denn in der zuständigen Gebietskörperschaft (Gemeinde) existiert dazu eine Außenbereichssatzung.

Noch ein formeller Hinweis: Mit der Änderung der ThürBO ist der erledigte bisherige „§ 91 Erfahrungsbericht“ durch den neuen „§ 91 Windenergie“ zu ersetzen.

Zu C. Alternativen

Aus Gründen einer Ungleichbehandlung und Intransparenz wird die Einführung unterschiedlicher Mindestabstände für unterschiedliche Wohnnutzungen abgelehnt.

Der Verzicht auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestabstands ist nicht opportun, da in dem Fall die schwache Akzeptanz zu WEA noch mehr leiden würde und auch der immer noch zu geringe Abstand (Schutzraum) zu jedweder Wohnbebauung verspielt wird.

Zu D. Kosten

Kein Kommentar.

3. Weitere Informationen zu schädlichen Emissionen bei zu geringem Abstand von WEA

Das WEA Infraschall (IS) erzeugen und emittieren ist unumstritten. Bisher wird allerdings der IS bei der Projektierung (Schallprognose) und dem Betrieb von WEA nicht berücksichtigt, weil die Windkrafthersteller und Betreiber dazu gesetzlich nicht verpflichtet sind.

Alle bisher angewendeten Regelungen sind zwischenzeitlich überholt und befassen sich nur mit hörbaren Schall, gemessen in dB(A).

Die z. Z. gültigen Normen, **TA-Lärm** (Stand 26. August 1998), **DIN 61400**, **VDE 0127-11** Schallemissionen von WEA, bewerten nur den Schallleistungspegel in dB(A), gemessen im zeitlichen Mittelwert (Terzspektrum). Die damit gewonnenen Schallprognosen und Emissions-/Immissionsmessungen enthalten keinen IS, schon gar nicht den IS kleiner 8 Hz. Die Frequenzen kleiner 8 Hz sind für die Gesundheitsprobleme der Betroffenen (beginnend mit Schlafstörungen bis hin zu Nasenbluten, Tinnitus, Kopfschmerz, Schwindelgefühle, Herzrasen) hauptverantwortlich. Auch die z. Z. in Überarbeitung befindliche **DIN 45680**, niederfrequenter Schall, lässt in der vorgelegten Form keine umfassende Lösung erwarten.

Seit 2014 liegt die **UBA Machbarkeitsstudie Infraschall** vor. In dieser Machbarkeitsstudie wird festgestellt, was getan werden müsste. Leider lässt die Umsetzung in gesetzlich verbindliche Regelwerke schwer (grob fahrlässig) zu wünschen übrig.

Damit sich der AfILF ein Bild vom neusten wissenschaftlichen Stand machen kann, werden diesbezüglich vier Dokumente als **Anlagen 3 bis 6** beigelegt. In den Dokumenten wird verständlich und nachvollziehbar erklärt, was am IS von WEA im Vergleich mit IS aus natürlichen Quellen besonders abweichend und beachtenswert ist. Die Quellen belegen u. a. die Notwendigkeit der gesetzlichen Festlegung von maximal und rechtlich möglichen Abstandsregelungen.

Gesamtvotum:

Aus den vorgenannten Gründen wird der Gesetzentwurf zur ThürBO in der Neufassung des „§ 91 Windenergie“ grundsätzlich **befürwortet**.

Abschließend stellt der THLEmV ausdrücklich fest, dass der Gesetzentwurf trotz maximaler Ausschöpfung der gesetzlichen Regelung vom Bund **nicht** annähernd angemessen und ausreichend ist, um dem Vorsorgeprinzip und dem Gesundheitsschutz der Menschen im Umfeld von WEA und Windparks im notwendigen Maß zu entsprechen.

Mit freundlichen Grüßen

6 Anlagen:

1. Offener Brief an den Bundeswirtschaftsminister
2. Dr. med. Thomas Carl Stiller, zu Infraschall
3. Prof. Roos, Infraschall aus Windenergieanlagen
4. Prof. Roos, gesundh. Beurteilung von Infraschall
5. Statement zur UBA-Studie
6. AEFIS-Stellungnahme zur DIN Norm 45680



v.Boetticher,Stuifenstr.2,73453 Abtsgmünd

Herrn
Peter Altmaier
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

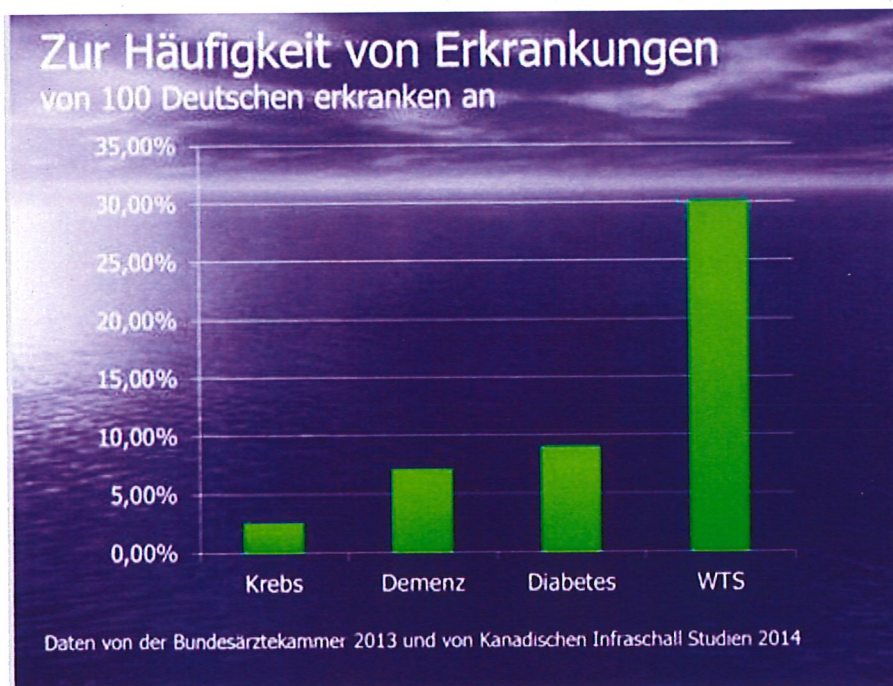
Offener Brief 19.12.2019

Sehr geehrter Herr Altmaier

Nicht nur Umwelt- und Artenschutz sondern Menschenschutz sollte das oberste Gebot sein.
Was nützt ein sog. umstrittener Klimaschutz, wenn Menschen durch z.B. die Windenergie Schaden an ihrer Gesundheit nehmen?

Wir schließen uns Vernunftkraft an, **wenn die Energiewende mit 10H nicht machbar ist, dann ist Deutschland das falsche Land für diese Energiewende!**

Wer kann verantworten, wenn 30% der an Windpark Lebenden erkranken, wie Dr. Mayer in einem Vortrag aufzeigte.





Dr. med. Bernhard Voigt schrieb: „Es ist im höchsten Maße unverantwortlich von einem Gesundheitsministerium zu behaupten, dass tieffrequenter Schall keine physiologische Wirkung haben könne, wenn öffentlich zugängliche experimentelle Ergebnisse das Gegenteil beweisen. Das Gesundheitsministerium versagt der Öffentlichkeit den Schutz vor den potenziellen Risiken des niederfrequenten Schalls durch seinen Mangel an objektiver und ausgewogener Beurteilung.“ (aus einem Brief von Prof. A.SALT, Washington University, St. Louis, USA, an das Gesundheitsministerium in Victoria, AUS.)

Einen eindrucksvollen Bericht zum Windturbinen-Syndrom gibt die amerikanische Medizinerin Dr. NINA PIERPONT in ihrem Buch „Wind-Turbine-Syndrome – A Report on a natural Experiment“.

PIERPONT untersuchte über 4 Jahre in Form einer Fall-/Kontrollstudie mit statistischer Sicherung der Ergebnisse 10 Familien mit 38 Personen, die in der Nähe (innerhalb von 3 km) von WKA (1,5 – 3 MW) wohnten, die nach 2004 errichtet wurden. Sie stellte bei diesen Personen Krankheitssymptome fest, die konsistent von Person zu Person waren, weshalb Sie die Bezeichnung Wind Turbinen Syndrom als gerechtfertigt ansah. Die Symptome des WTS traten erst auf, nachdem die WKA in Betrieb genommen worden waren, sie verschwanden, wenn die Familien ihre Häuser verließen, und traten erneut auf, sobald die Familien wieder in ihre Häuser zurückkehrten. 9 der 10 Familien haben ihre Häuser wegen der Beschwerden für immer verlassen.

Ergebnisse ihrer Studie:

1. Alle Probanden litten unter Schlafstörungen, verbunden mit nächtlicher Angst, Herzrasen und nächtlichem Harndrang.
2. Die Hälfte der Personen hatte Kopfschmerzen während der Einwirkung.
3. Auffallend viele litten unter Tinnitus während der Einwirkung.
4. Mehrheitlich litten die Erwachsenen der Studie unter Symptomen wie:
 - a. inneres Pochen, Zittern, Vibrieren
 - b. Nervosität, Unruhe, Angst, das Bedürfnis zu fliehen
 - c. Schwitzen, schneller Herzschlag, Übelkeit.
5. Fast alle Probanden litten unter Konzentrations- und Gedächtnisstörungen, hinzu kam der teilweise Verlust von kognitiven Fähigkeiten, z. B. nachlassende Leistungen von Kindern in der Schule.
6. Bei den meisten Personen, Erwachsenen oder Kindern, kam es zu erhöhter Reizbarkeit oder Zornanfällen.



7. Ein weiteres Kernsymptom war nachlassende Motivation und Aktivität, verbunden mit bleierner Müdigkeit, vielleicht auch als Zeichen des Schlafmangels.

Das innerliche Zittern, Pochen oder Pulsieren und der damit verbundene Komplex von Nervosität, Angst, Alarm, Reizbarkeit, Herzrasen, Übelkeit und Schlafstörungen stellen den Beschwerdekomples dar, den sie als Windturbinen Syndrom, bezeichnet.

Etwa zwei Drittel der Erwachsenen (14 von 21) wiesen Symptome des WTS auf. Bei 7 von 10 an der Studie teilnehmenden Kindern und Teenagern, welche die Schule besuchten (Alter 5 - 17), war ein Nachlassen in der schulischen Leistung im Vergleich zum Zeitraum vor der Exposition zu verzeichnen, hingegen trat eine beachtenswerte Verbesserung ein, nachdem die Familien von den WKA weggezogen waren. Die Schlüsselrolle für das Verständnis des WTS spielt das Otolithenorgan, ein Bestandteil des Gleichgewichtsorgans. Amerikanische Forscher konnten 2008 nachweisen, dass das Vestibulärsystem des Menschen eine sehr hohe Sensitivität für Vibrationen und niedrige Frequenzen hat.

Prof. Dr. Werner Mathys (siehe Anlage Argumente Gesundheit) Windenergieanlagen emittieren hörbaren Schall und Infraschall. Darüber gibt es keinen Zweifel.

Große Zweifel bestehen jedoch an der Art und Weise, wie damit in den Ländern in Hinblick auf den weiteren Ausbau der Windenergie umgegangen wird.

Schallemissionen moderner und großer Windkraftanlagen steigen im Falle von Windparks auf weit über 20 Kilometer (BGR) zeigen Untersuchungen der BGR (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe).

Wird hier Gesundheitsschutz dem Ziel der sogenannten Energiewende geopfert?

Nimmt man Gesundheitsschädigungen billigend in Kauf?

Dr. Fugger: Wie weit Infraschall reicht, sollen folgende Beispiele verdeutlichen:

Wenn in den USA Sensoren zur Erfassung von „seismischen Aktivitäten“ - sprich Erdbeben - aufgestellt werden, so müssen diese einen **Mindestabstand von 20 bis 25 km zu Windparks** einhalten, damit die Messungen nicht von dem dort ausgehenden Infraschall verfälscht werden.

Aber auch in Deutschland kennt man solche Abstände:

Im Rahmen des Atomwaffen-Sperrvertrages wurden in Deutschland im Jahre 2005

Messstationen zur Infraschall-Überwachung eingerichtet.

Industrieparks mit Megawatt-Windkraftanlagen, die in der Nähe von solchen Messstationen errichtet werden sollen, **müssen einen Abstand von 25 km einhalten** damit die Arbeit der Messstationen auch bei ungünstigen Wetterlagen nicht gestört wird (Cerrana u.a., Bundesanstalt für Geowissenschaften 2005).

In einer der wenigen gut dokumentierten deutschen Untersuchung hat man 2005 eine weibliche Versuchsperson einem Infraschall ausgesetzt, der von einem einzelnen großen 5-MW-Windrad bei ruhigem Wetter in einer Entfernung von 15 km ankam. Die Versuchsperson konnte den Infraschall nicht wahrnehmen und ihn natürlich auch nicht hören. Selbst in dieser Entfernung vom 15 km konnte man veränderte Gehirnströme messen (Weiler 2005).



Die einzige echte Risikovorsorge beim Infraschall besteht also in einem ausreichend großen Sicherheits-Abstand zur Wohnbebauung.

Es ist aber in der Medizin bekannt, dass **chronische Krankheiten** nach dem **Dosis-Wirkungsprinzip** entstehen (Dosis im Körper ist das Produkt aus **Intensität mal Wirkungsdauer**) -> „**Die Dosis macht das Gift**“.

Dies macht plausibel, warum Infraschallfolgen erst nach Monaten oder Jahren der Belastung entstehen können und die Ursache der Erkrankungen somit verschleiert wird.

Wer übernimmt die Verantwortung für chronische Gesundheitsschäden, die sich erst in einigen Jahren bemerkbar machen?

Wenn die Energiewende mit 10H nicht machbar ist, dann ist Deutschland das falsche Land für diese Energiewende!

Das höchste Gut der Menschen ist ihre Gesundheit. Setzen Sie sich für die Menschen ein.

Mit freundlichen Grüßen
Rubikone Team
Von Boetticher

https://www.deutscherarbeitgeberverband.de/aktuelles/2017/2017_03_27_dav_aktuelles_energiefrage.html

Infraschall – der Bumerang der Energiewende



"Ich fühle, was Du nicht hören kannst." So beschreiben Anwohner gerade von Windkraftanlagen oft ihre Beschwerden, ausgelöst durch niederfrequente Geräusche (Infraschall). Aber was ist die Ursache von Infraschall, welche Auswirkungen hat er auf Menschen, welche Normen regeln die erlaubten Schallemissionen und was ist der Stand der Wissenschaft auf diese Fragen? Ein "Die Energiefrage"-Gastbeitrag von Dr. med Thomas Carl Stiller.

Unhörbarer aber biophysologisch wirksamer Schall ist keine Science Fiction, sondern eine zunehmende Bedrohung für die Gesundheit. Zunächst ein paar physikalische Grundlagen: Schall ist die Druckänderung in einem Medium wie z.B. Luft und breitet sich wellenförmig um die Quelle aus. Je tiefer die Frequenz, desto weiter wird Schall in der Luft transportiert. Sehr tiefe Frequenzen werden zudem auch durch geschlossene Gebäude hindurch übertragen. Durch Schallreflexionen und Überlagerungen kann er dann örtlich zu überhöhten Schalldruckwerten führen. Generell werden Töne und Geräusche über Frequenz, Klangfarbe und Lautstärke beschrieben. Das menschliche Gehör kann Frequenzen etwa im Bereich von 20.000 Hz, also Schwingungen pro Sekunde (hohe Töne) bis 20 Hz (tiefe Töne) hören. Der Schallbereich oberhalb einer Frequenz von 20.000 Hz wird als Ultraschall, unterhalb von 200 Hz als tieffrequenter Schall, unterhalb von 20 Hz als Infraschall bezeichnet. Sowohl Infra- als auch Ultraschall werden vom Ohr nicht mehr wahrgenommen, für Infraschall hat der Körper aber eine subtile Wahrnehmung, und manche Menschen sind für tieffrequenten Schall besonders empfindlich.

In der Natur sind tieffrequente Schwingungen allgegenwärtig. Beispielsweise wird das Meeresrauschen über viele hundert Kilometer in der Atmosphäre übertragen, manche Zugvögel orientieren sich daran. Der Schalldruck natürlicher Geräusche im Infraschallbereich ist allerdings recht gleichmäßig auf die verschiedenen Frequenzen verteilt und wird vom Menschen nicht als störend empfunden. Der Infraschall von Windkraftanlagen ist noch kilometerweit messbar(1).

Demgegenüber trifft der Mensch auf technisch erzeugten Infraschall oft in seiner nächsten Umgebung. In Wohngebieten kommen im Zeitalter der Energieeffizienz-Vorschriften für Neubauten immer häufiger Luftwärmepumpen als Energiequelle zum Einsatz, die in der Anschaffung günstiger als viele andere Heizsysteme sind. Im Betrieb sind sie aber häufig lästig für die Nachbarn, wenn die Kompressoren zu laut sind und zu lange laufen. Noch problematischer sind Windkraftanlagen, insbesondere die modernen Großanlagen, die zumeist vor Dörfern und Siedlungen in geringem Abstand zur Wohnbebauung platziert werden. Bei jedem Durchgang eines Rotorblatts vor dem Mast wird eine Druckwelle erzeugt, viele Menschen nehmen diese als periodisches "Wummern" wahr, manchmal auch im Abstand von mehreren Kilometern.

Die Folgen von technisch erzeugtem Infraschall werden erst allmählich verstanden. Etwa 10 – 30 Prozent der Bevölkerung sind für Infraschall empfindlich. Diese Menschen, in Deutschland mehrere Millionen, entwickeln zahlreiche Symptome, die wir Ärzte erst allmählich zuordnen lernen. Die niederfrequenten Schwingungen aus Kompressoren und Windkraftanlagen erzeugen bei diesen Menschen Stressreaktionen, die sich u.a. in Schlafstörungen, Konzentrationsstörungen, Übelkeit, Tinnitus, Sehstörungen, Schwindel, Herzrhythmusstörungen, Müdigkeit, Depressionen und Angsterkrankungen, Ohrenschmerzen und dauerhaften Hörstörungen äußern. Physiologisch gesehen kommt es u.a. zu Schädigung der Haarzellen des Corti Organs der Hörschnecke und zu Dauerreizungen in Hirnarealen wie z. B. dem Mandelkern (Amygdala, Angstzentrum)(2). Wirkungen auf Herz und Gefäße mit krankhaften Veränderungen des Bindegewebes in den Arterien am Herzbeutel (Perikard) wurden bei langjährig Schall-exponierten und im Tierversuch nachgewiesen(3).

Die Betroffenen können den Gesundheitsbeeinträchtigungen und Belästigungen nicht entrinnen. Sie sind oft über einen langen Zeitraum zunächst unbemerkt wirksam. Eine neurobiologische Gewöhnung empfindlicher Personen an technischen Infraschall ist nicht bekannt. Oft wird fälschlich behauptet, dass die Symptome mit der persönlichen Einstellung der Betroffenen gegenüber den Infraschallquellen zu tun habe, eine positive Einstellung gegenüber der heutigen Energiepolitik also vor Infraschall-Symptomen bewahre. Das ist leider in der medizinischen Praxis nicht zu beobachten, die Symptome treffen alle Empfindlichen gleichermaßen. Zahlreiche internationale Studien wurden hierzu in den vergangenen Jahren durchgeführt, in Deutschland ist diese Forschung allerdings noch kaum entwickelt und auf politischer Ebene nahezu unbekannt.

Treten die Symptome aber ein, können Betroffene kaum reagieren. Wer in einem von tieffrequentem Lärm und Infraschall beeinträchtigtem Wohngebiet lebt, kann in der Regel nicht so einfach wegziehen, wenn er dafür z.B. sein Haus verkaufen müsste, das durch Windkraftanlagen in der Nähe stark an Wert verloren hat.

Wer kann in der heutigen Arbeitswelt noch Leistung bringen, wenn er durch Infraschallbelastungen nicht schlafen kann und im eigenen Haus keine Ruhe findet(4)? Wie lange können Betroffene dies gesundheitlich und finanziell kompensieren? Infraschall-empfindliche Menschen stecken im tragischen Dilemma: Ihre Beschwerden werden nicht ernst genommen und juristisch kommen sie wegen der mangelhaften Immissionsschutzverordnungen nicht weiter.

Der Akustiker Steven Cooper hat zusammen mit einem Windparkbetreiber in Australien die Auswirkungen von Infraschall auf die lokale Bevölkerung näher untersucht. Anwohner in der Nähe eines Windparks klagten über die oben genannten Beschwerden. Sie hatten den Windpark aber nicht direkt vor Augen. Cooper ließ sie ihre Symptome mit genauem Zeitpunkt notieren und überprüfte die Korrelation mit der Aktivität der Windkraftanlagen: Die Symptome waren am stärksten, wenn die Windkraftanlagen besonders aktiv waren(5).

In Dänemark haben Informationen über Missbildungen und Fehlgeburten auf einer Nerzfarm, in deren Nähe nachträglich Windkraftanlagen gebaut wurden, sowie gehäufte Berichte von Krankheitssymptomen von Menschen in der Nähe von Windkraftanlagen zu einem Ausbaustopp geführt, der genutzt wird, um die Zusammenhänge näher zu untersuchen. Auch hierzulande wird umweltmedizinisch das Thema Infraschall schon länger ernst genommen(6).

Alle bislang gültigen Schutznormen wie die Technische Anleitung (TA) Lärm und die DIN 45680 gehen davon aus, dass nur solcher Schall schaden kann, der vom Ohr wahrgenommen werden kann(7). Andere Formen der Wahrnehmung von Schall bleiben also außen vor. Auch die Messvorschriften sind nicht hilfreich, da nur Schall oberhalb von 8 Hz gemessen wird, obwohl moderne Messgeräte auch Frequenzen von < 1 Hz erfassen können und der Infraschallbereich im Bereich 1 – 8 Hz besonders starke gesundheitliche Beeinträchtigungen bewirkt. Die vorgeschriebenen Schallmessungen mitteln auch einzelne Frequenzspitzen weg. Sie orientieren sich an dem Dezibel-A-Filter, der der menschlichen Hörkurve im hörbaren Schallbereich folgt und über viele verschiedenen Frequenzen mittelt, anstatt linear und schmalbandig zu messen, wie es zur Vermeidung von Gesundheitsgefahren im Infraschallbereich angemessen wäre. Weiterhin sind häufig veraltete Messsysteme und Mikrophone, die nicht genau genug im Infraschallbereich messen, immer noch im Rahmen der aktuell gültigen Vorschriften zur Messung zugelassen. Dadurch entgehen der Messung gerade die für Menschen schädlichen Schallphänomene unterhalb von 20 Hz. Da diese Messvorschriften die Grundlage für Genehmigungsverfahren für technische Anlagen sind, müssen sie dringend an den Stand der Messtechnik angepasst werden. Wären die Normen und Vorschriften für Genehmigungsverfahren technischer Anlagen auf der Höhe des internationalen Erkenntnisstandes, hätte dies direkte Auswirkungen: Die Messvorschriften für Schalldruck entsprächen dem Stand der Technik, die Grenzwerte für Infraschalldruck wären niedriger angesetzt, die Modelle zur Ausbreitung von Infraschall entsprächen dem Stand der Forschung und die Bauweise von Anlagen wäre optimiert in Bezug auf die Emissionen tieffrequenten Schalls.

Werden technische Infraschallquellen gerade aus Windkraftanlagen nicht schnell und nachhaltig genug beseitigt, werden sich die Beschwerden der Bevölkerung zu einem gesundheitlichen Bumerang der Energiewende entwickeln. Eine neue Volkskrankheit mit Fallzahlen wie bei Diabetes und Krebs ist zu erwarten. Es ist höchste Zeit für die politisch Verantwortlichen, ihrer Schutzverpflichtung für Mensch und Natur gerecht zu werden und die aus präventivmedizinischer Sicht wichtigsten Maßnahmen einzuleiten: ein sofortiges Ausbaumoratorium für Windkraft, größere Mindestabstände zwischen Mensch und Windkraftanlagen, objektive Infraschall-Forschung auf dem Stand der Technik, moderne Messvorschriften in den entsprechenden DIN-Normen und strengere, an Schallphysik und -biologie ausgerichtete Schutzverordnungen.

(1) Lars Ceranna, Gernot Hartmann & Manfred Henger; "Der unhörbare Lärm von Windkraftanlagen - Infraschallmessungen an einem Windrad nördlich von Hannover, Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), Referat B3.11, Seismologie, 2004

(2) A. N. Salt, J.T. Lichtenhan; "Perception-based protection from low-frequency sound may not be enough"; InterNoise 2012. <http://oto2.wustl.edu/cochlea>. A. N. Salt, J.T. Lichtenhan; "How does wind turbine noise affect people?", 2014.

(3) Alves-Pereira M, Castelo Branco NA; Prog. Biophys. Mol. Biol. 2007 Jan-Apr 93(1-3): 256-79. Epub 2006 Aug 4.; "Vibroacoustic disease: biological effects of infrasound and low-frequency noise explained by mechanotransduction cellular signaling".

(4) Claire Paller (2014). "Exploring the Association between Proximity to Industrial Wind Turbines and Self-Reported Health Outcomes in Ontario, Canada"; UWSpace; <http://hdl.handle.net/10012/8268> .

(5) Steven Cooper; "The results of an acoustic testing program Cape Bridgewater Wind Farm"; 44.5100.R7:MSC; Prepared for: Energy Pacific (Vic) Pty Ltd, Level 11, 474 Flinders Street, Melbourne VIC 3000, Date: 26th Nov, 2014.

(6) Robert Koch Institut; "Infraschall und tieffrequenter Schall – ein Thema für den umweltbezogenen Gesundheitsschutz in Deutschland?", Mitteilung der Kommission "Methoden und Qualitätssicherung in der Umweltmedizin". Positionspapier der Ärzte für Immissionsschutz (www.aefis.de)

(7) Normen: DIN 45680, 45401, 45651; Technische Anleitung Lärm (TA Lärm). "Akustik – Dämpfung des Schalls bei der Ausbreitung im Freien – Teil 2: Allgemeines Berechnungsverfahren". DIN EN 61260: 2003-03; "Elektroakustik – Bandfilter für Oktaven und Bruchteile von Oktaven"; DIN EN 61400-11; "Windenergieanlagen, Teil 11: Schallmessverfahren, Akustik, Elektroakustik"; "Normfrequenzen für Messungen" (zurückgezogen), "Oktavfilter für elektroakustische Messungen" (zurückgezogen).

Infraschall aus Windenergieanlagen – was man heute dazu wissen sollte

- Professor Werner Roos, Oktober 2020 -

In den letzten Monaten wurde der Druck zur Planung und Aufstellung von Windenergieanlagen <https://www.vernunftkraft.de/treppenwitz-nicht-lustig/> auf vielen Ebenen erheblich verstärkt. Bundesregierung, Landesregierungen und Windindustrie räumen bisherige Rücksichten auf Menschen und Naturräume aus dem Weg, um eine extreme Flächendichte dieser Anlagen zu erreichen, wie sie in solcher "Gründlichkeit" in keinem anderen Land Europas verwirklicht wird. Ein wesentlicher Teil dieser Strategie besteht darin, die potentielle Gefahr des von Windanlagen ausgehenden Infraschalls für die Anwohner zu verharmlosen. Dabei wird die Tatsache genutzt, dass auf diesem Gebiet wissenschaftlich haltbare Daten nur unzureichend vorhanden sind und stattdessen häufig oberflächliche bzw. eng begrenzte Informationen in Umlauf gebracht werden.

Bereits 2016 wurde durch die Landesanstalt für Umwelt Baden-Württemberg (LUBW) verbreitet, Infraschall aus Windanlagen sei nicht problematischer als die Emission von Haushaltsgeräten oder fahrender PKW (LUBW, 2016). Abgesehen davon, dass die Benutzung eines Haushaltsgeräts und das Fahren im Auto nicht vergleichbar sind mit der Suche nach erholsamen Schlaf, sind auch die technischen Randbedingungen, wie das LUBW vorgeht, unzureichend. Im kritischen Frequenzbereich unterhalb von 8 Hz wurden nur wenige und technisch unzureichende Messungen publiziert, insbesondere wurde das Infraschall-Rauschen des Hintergrunds nicht klar von der Emission der Anlagen getrennt. Bis heute wird an der widerlegten These festgehalten, Infraschall-Intensitäten unterhalb der Wahrnehmungsschwelle (das sind Schalldrucke, die 90 % der Menschen nicht mehr hören) seien nach aktuellem Wissen unschädlich. Spätestens seit 2017 ist bekannt, dass Infraschall unterhalb der individuellen Hörschwelle wahrgenommen werden kann und definierte Gehirn-Areale aktiviert (Weichenberger et al. 2017).

In dieser Situation erscheint es sinnvoll, sich der Charakteristika des von Windanlagen ausgehenden Infraschalls zu erinnern und auf wesentliche Aspekte ihrer Wirkung auf den Menschen hinzuweisen.

Die wichtigste Evidenz: erkrankte Anwohner

Es ist unbestritten, dass manche Anwohner von Windanlagen unter einem Stress-Syndrom leiden, welches mit hochgradigem Schlafmangel beginnt und zu Angstreaktionen, Depressionen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen führt. Die Anzahl der Betroffenen in Deutschland steigt mit der Anlagen-Dichte und wird auf Grund der Befunde von Praxis-Ärzten auf mindestens 180 000 geschätzt (Kaula, 2019). Viele der Betroffenen haben ihre Gesundheitsprobleme und den

Bezug zu benachbarten Windanlagen auch per Video dokumentiert.
<https://www.dsgs.info/VIDEOS/DSGS-e-V-Betroffenen-Videos/index.php/>

Der Anteil von Erkrankten an der Gesamtzahl der exponierten Menschen ist schwer abschätzbar, weil die einzelnen Symptome (Schlafstörungen, Schwindelanfälle, Atemnot, Angstzustände etc.) für sich allein wenig spezifisch sind und auch von Ärzten oft nicht den benachbarten Windanlagen zugerechnet werden. Außerdem wirken lokale Gegebenheiten wie Geländestruktur, Vegetation, Windrichtung und – aufkommen etc. stark modifizierend. Die häufig genannte Zahl von 10 – 30 % Erkrankten ist eine auf ärztlicher Erfahrung beruhende, grobe Abschätzung. Vieles spricht heute dafür, dass individuell unterschiedliche Empfindlichkeiten eine erhebliche Rolle spielen: bei sensiblen Patienten erfolgt die unbewusste Wahrnehmung der Druckschwankungen offenbar bei wesentlich geringeren Intensitäten als bei anderen, mit steigender Intensität reagieren aber sehr wahrscheinlich alle Anwohner. Wenn also bisher keine gesicherte Prozentzahl von Betroffenen genannt werden kann, ist das Fehlen solcher Zahlen keinesfalls ein Beleg für eine geringe oder fehlende Gesundheitsgefahr von Windanlagen. Es kommt heute mehr denn je darauf an, Bewohnern aus der Umgebung von Windanlagen eine vorurteilsfreie Diagnostik und ggf. Behandlung zukommen zu lassen. Dies wird auch die aktuell hohe Dunkelziffer reduzieren und eine verlässliche Abschätzung der durch Windanlagen verursachten Erkrankungen ermöglichen. Immerhin wird in der Neufassung der DIN 45680, welche eine Grundlage für die immissionsrechtliche Beurteilung von Windanlagen bildet, auf die reale Gefahr von Infraschall aus Windanlagen für die menschliche Gesundheit zumindest hingewiesen.

Die Charakteristika der Emission aus Windanlagen – steile Pulse des Schalldrucks

Seit langem ist bekannt, dass der von Windanlagen ausgehende Infraschall eine besondere Signatur aufweist, die ihn vom Infraschall-Rauschen der natürlichen Quellen (Wind im Wald, Brandung, Gewitter etc.) unterscheidet. Es handelt sich dabei um steile peaks des Schalldrucks, die offensichtlich bei der Passage der Flügel vor dem Mast entstehen. Bei einer Flügelpassage pro Sekunde (also 20 rpm) liefern dreiflügelige Anlagen Druckimpulse mit der Grundfrequenz von 1 Hz und den zugehörigen Oberschwingungen (Harmonischen) im Bereich bis ca. 8 Hz. Der Nachweis und die spektrale Darstellung dieser pulsierenden Emission wurde in Deutschland m.W. erstmals 2008 publiziert (Ceranna et al. 2008). Der Zusammenhang zwischen Drehzahl und Frequenz der emittierten Druckpulse wurde seither mehrfach bestätigt (NCE 2015, BGR 2017, Palmer 2017).

Die Flankensteilheit der Peaks bedingt, dass sie nur bei einer hoch aufgelösten spektralen Messung und Darstellung sichtbar werden, die meist als Schmalbandspektrum bezeichnet wird. Abb. 1 zeigt dazu Spektren der US-Firma Noise Control Engineering. Häufig werden Schall-Analysen jedoch in Form von Terz- oder Oktavspektren durchgeführt: ein Frequenzbereich wird in

mathematisch definierte Bänder (Segmente) von der Breite einer Oktave oder einer Terz eingeteilt. Für jedes Band wird der gesamte Schalldruck erfasst und bei der mittleren Frequenz dieses Bandes in das Spektrum eingetragen. Bei diesem Verfahren hat ein Peak, also ein herausragender Wert des Schalldrucks in einem sehr engen Frequenzbereich, nur einen geringen Einfluss auf das Ergebnis. Er trägt umso weniger dazu bei, je steiler er ist, d.h. je mehr andere, niedrigere Schalldrücke miterfasst werden. Daraus resultiert eine Glättung der Druckschwankungen mit der Folge, dass die Pulse des Infraschalls aus Windanlagen schon in Terzspektren kaum mehr erkennbar sind (Abb. 2). Die Notwendigkeit hoch aufgelöster spektraler Messungen zur Charakterisierung pulshaltiger Emissionen ist seit langem anerkannt (z.B. The Accoustic Group, 2014).

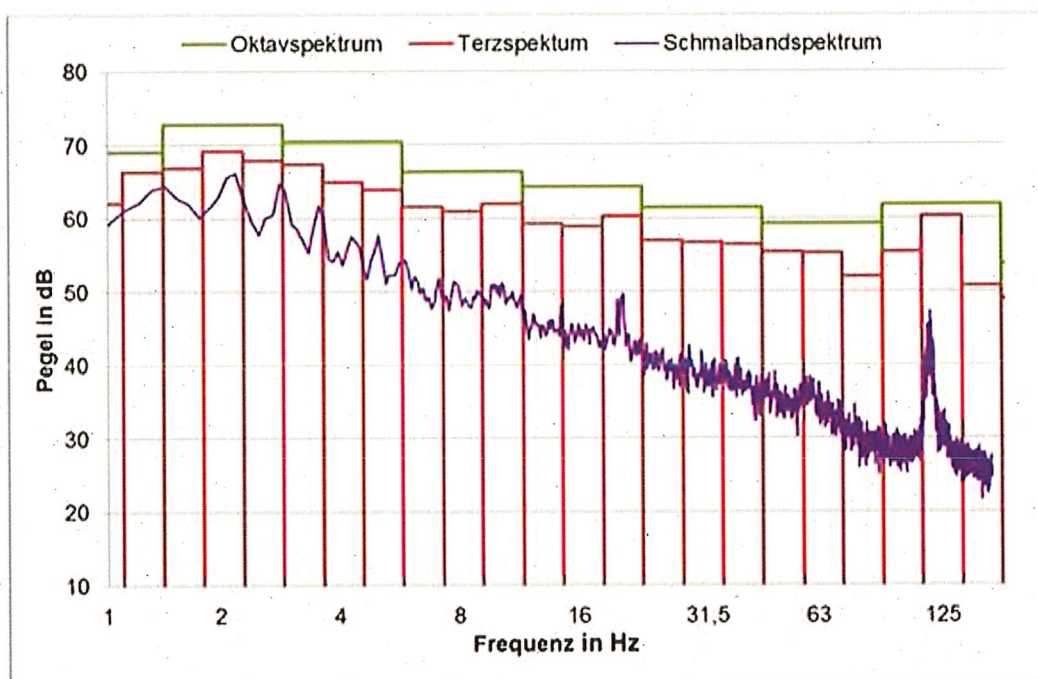


Abb. 1 Schmalbandspektren von 2 Windanlagen mit konstanter Drehzahl bei verschiedenen Windgeschwindigkeiten (Insert). Die Grundfrequenz (1xBPF) beträgt 0,72 Hz. Der Schalldruck des Windes erzeugt die Unterschiede zwischen den Messungen, die Frequenzmaxima aus den Anlagen ändern sich kaum (gut erkennbar an den Oberschwingungen, 2 x BPF...6 x BPF). Mit steigendem Gesamtdruck, etwa unter 1 Hz, verschwindet der Peak der Grundfrequenz. Quelle: NCE 2015, Fig. 6.

Comparison of Indoor Infrasonic Sound Measurements 211 Blacksmith Shop Road, Falmouth, MA

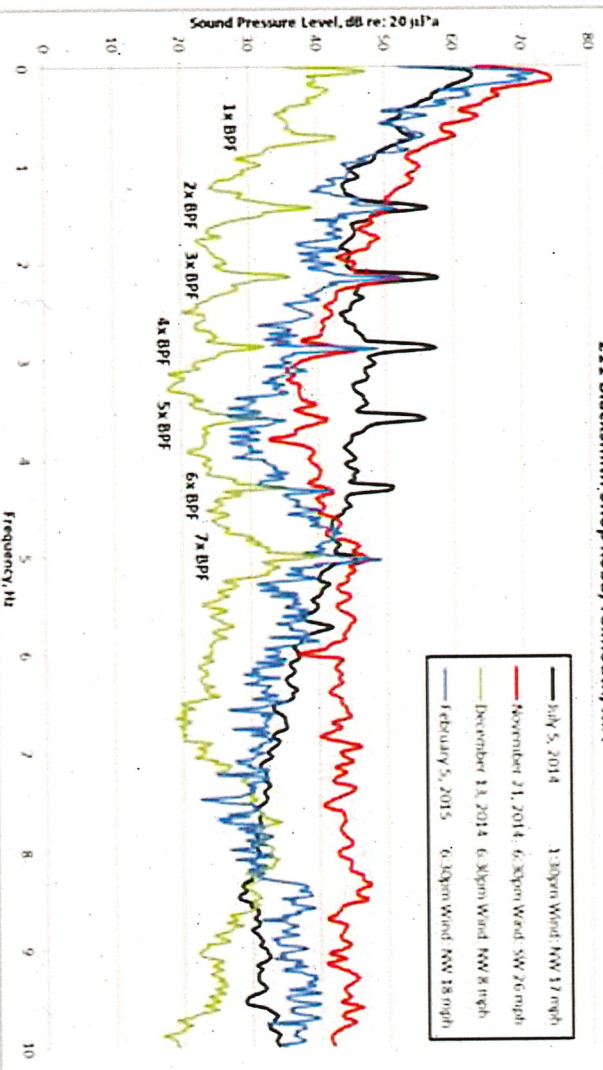


Abb. 2 Vergleich von Schmalbandspektrum (blau), Terzspektrum (rot) und Oktavspektrum (grün) für einen identischen Messzeitraum an derselben Windanlage. Erklärung im Text. Quelle: LUBW, 2019
<https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/erneuerbare-energien/messbericht-infraschall>, Abb. 2

Terzspektrern sind ein nützliches und oft verwendetes Mittel, größere Frequenzbereiche von Schallemissionen abzubilden, aber als physikalische Grundlage zur Erfassung von Infraschall-Wirkungen aus Windanlagen ungeeignet. So kommt z.B. eine jüngst veröffentlichte Studie im Auftrag der finnischen Regierung zu dem Schluss, die von Anwohnern einiger Windparks geäußerten Beschwerden seien nicht mit der Infraschall-Emission der Anlagen korreliert (Majjala et al. 2020). Da jedoch die Emissionen ausschließlich als Terzspektrern gemessen wurden, blieben die Druck-Pulse aus den Windanlagen bei der Analyse unberücksichtigt, die insofern am Problem vorbei ging. Gleiches gilt für begleitende Experimente, bei denen aus diesen Terzspektrern gewonnene Tonkonserven auf Testpersonen einwirkten.

Leider haben auch andere, im Regierungsauftrag durchgeführte Studien die Pulse des Infraschalls aus Windanlagen "ausgeblendet". Eine Serie von 6 Publikationen aus Dänemark (Poulsen et al. 2018 und 2019) beruht auf A-bewerteten Schalldrucken, d.h. auf Frequenzen oberhalb von 20 Hz. Die jüngst veröffentlichte Studie des UBA ("Eggebek-Studie") hat pulsfreien Infraschall in Form von Sinus-Wellen auf (wache) Testpersonen einwirken lassen.

**Quantitative Vergleiche von Emissionen aus
Windanlagen erfordern besondere Sorgfalt**

Die Stärke der Emissionen verschiedener Windanlagen lässt sich nicht auf einfache Weise vergleichen. Als Messgröße wird üblicherweise der Schalldruck in Pascal verwendet und in der logarithmischen Einheit Dezibel angegeben. Der lokal wirksame Schalldruck widerspiegelt nicht nur die von der Anlage tatsächlich ausgehende Schallleistung, sondern wird wesentlich von der Entfernung und räumlich-topografischen sowie meteorologischen Gegebenheiten beeinflusst. Wesentlich ist auch, über welchen Frequenzbereich und mit welcher Methode die Messung erfolgte (s.o.). Insbesondere sind die Schallleistung einer Anlage und der entfernt davon messbare Schalldruck stark abhängig von der Länge der Rotorflügel und der Windgeschwindigkeit, auch wenn die Drehzahl der Anlage auf einen konstanten Wert eingestellt ist.

Als Beispiel sollen Messungen an Windanlagen aus Deutschland (BGR 2017) und den USA (NCE 2015) vorgestellt werden. Im Abstand von etwa 400 m wurde der Schalldruck bei der Frequenz der "zweiten Harmonischen" gemessen (2 fache Grundfrequenz: 1,4 Hz bei NCE und 2,6 Hz bei BGR). Publizierte Ergebnisse sind in folgender Tabelle zusammengestellt.

NCE, 2015 Vestas V82		BGR, 2017 Vestas V47	
Wind m/s (Drehzahl)	Schalldruck dB	Wind m/s, (Drehzahl)	Schalldruck dB
3,6 (14,4 rpm)	52	5 (20 rpm)	77
8 (14,4 rpm)	73	10 (26 rpm)	86

Der starke Einfluss der Windgeschwindigkeit ist ersichtlich. Zunächst unerwartet, werden von der NCE bei fixierter Drehzahl (und daher bei gleicher Frequenz) erhebliche Unterschiede des Schalldrucks gemessen (52 dB und 73 dB). Die Höhe der Pulse (Peak zu Basis) bleibt jedoch etwa gleich (Abb.1). Dies zeigt, dass der messbare Schalldruck erheblich vom Infraschall des Windes beeinflusst wird und die spezifische Emission der rotierenden Anlage eine von der Drehzahl abhängige Puls-Komponente hinzufügt. In Abb. 1 wird sichtbar, dass diese Komponente nur bei hoher Frequenzauflösung meßbar ist und bei hohem Winddruck im Hintergrundschall verschwindet.

Die jeweils höchsten Schalldrucke der von der Firma NCE und der BGR untersuchten Anlagen (73 dB und 86 dB) unterscheiden sich um mehr als das 4 fache. Dieser Abstand liegt im unteren Bereich der durch o.g. Faktoren auslösbaren Unterschiede. Selbst innerhalb eines Hauses treten aufgrund von Wechselwirkungen an baulichen Strukturen Unterschiede von bis zu 20 dB auf, d.h. 10 fache Schalldrucke (Hansen et al. 2013). Es erscheint nicht verwunderlich, wenn auch an derselben Anlage und bei fixierter Drehzahl aufeinanderfolgende Messungen deutliche Unterschiede ergeben: die BGR-Autoren messen z.B. Pulse des Schalldrucks zwischen +0,1 und - 0,1 Pa, also maximal 0,2 Pa und 80 dB. Bei einer (vermutet) weiteren Messung in derselben Entfernung ergeben sich etwa 90 dB (Pilger et al. 2017, Fig. 4a und 6). Dies bedeutet einen mehr als dreifach höheren Schalldruck, liegt aber im Bereich von Schwankungen des Windes selbst (s.o.) und äußerer Einflussfaktoren. Die hohe Variabilität und problematische

Vergleichbarkeit von dB-Angaben führt zu schwer erkennbaren Fehlerquellen und erfordert besondere Sachkenntnis und Sorgfalt. Es besteht daher kein Anlass, der BGR-Studie (Ceranna et al.) pauschal "falsche Daten" zu unterstellen, wie es auf der o.g. Website geschieht.

Empfang und Wirkung von Infraschall im Menschen – auf die Änderungen kommt es an

Auch wenn die Erfassung von Infraschall-Wirkungen auf den Menschen erst am Anfang einer wachsenden Aufmerksamkeit steht, sind bereits Rahmenbedingungen erkennbar. Entscheidend ist, dass die für Schall sensiblen Rezeptoren von Mensch und Säugetier sich an einen extrem breiten Bereich von Schalldrücken anpassen. Für das Hören ist bekannt, dass sich die Wahrnehmung in Cochlea und Gehirn auf Schalldrücke zwischen 0 dB (2×10^{-5} Pa, Hörschwelle bei 1 kHz) und 120 dB (20 Pa, menschliche Schmerzgrenze) einstellen kann, also bis zum Millionenfachen der unteren Schwelle. In diesem extrem breiten Druckbereich werden – nach Anpassung an ein gegebenes Basisniveau – vergleichsweise winzige Druckunterschiede als Hörschall wahrgenommen. Es sei daran erinnert, dass der ungefähre Schalldruck eines Gesprächs in Zimmerlautstärke (ca. 60 dB oder 0,02 Pa) etwa 5 Millionen mal geringer ist als der durchschnittliche Luftdruck auf Meereshöhe (1 Bar, 101 325 Pa). Für Infraschall fehlen bisher analoge Angaben, es gibt jedoch Hinweise, dass dort ähnliche Verhältnisse gelten.

-Unser Gleichgewichtssystem registriert Schritte und Bewegungen durch otolithische Sensor-Zellen im Innenohr. Diese erfassen mittels der Trägheit von CaCO_3 -Kristallen winzige Druckunterschiede im Frequenzbereich des Infraschalls (Referenzen bei Roos, 2019). Dabei arbeiten sie weitgehend unabhängig vom aktuellen Luftdruck, sind also beim Wandern im Himalaya ebenso sensibel wie beim Klettern im Elbsandsteingebirge.

Anwohner von Windenergieanlagen haben mehrfach dokumentiert, dass die negativen Symptome beim Ausschalten der Anlage verschwinden (z.B. Kaula 2019). Die Schalldrücke des Hintergrunds, die als Rauschen ohne deutliche Pulse auftreten und z.B. bei ruhender Anlage messbar sind, werden offenbar nicht als störend empfunden, obwohl sie je nach Windstärke erhebliche Unterschiede annehmen können, z.B. um das Hundertfache (NCE 2015). Zusammen mit anderen Beobachtungen (u.a. bei Palmer 2017) weist dies darauf hin, dass die steilen Druckänderungen der Infraschall-Pulse das eigentliche Gesundheitsproblem darstellen und weniger der Absolutwert des Schalldrucks. Das Fehlen einer Korrelation zwischen einem Schallspektrum ohne Infraschall-Pulse und den dokumentierten Beschwerden der Anwohner, wie in der o.g. finnischen Studie geschehen, spricht ebenfalls für diese Annahme, wenn auch indirekt.

Fazit

Die Beurteilung der gesundheitsgefährdenden Wirkung von Infraschall aus Windanlagen sollte nicht zu einem Dezibel-Fetischismus führen. Nicht die Absolutwerte des messbaren Schalldrucks verursachen negative Wirkungen im Menschen (solange sie unterhalb individueller Grenzen bleiben), sondern höchstwahrscheinlich die Peaks des Luftdrucks, die bei der Flügelpassage am Mast entstehen. Hinzu kommt, dass diese Pulse auf einer ähnlichen Zeitskala auftreten wie periodische Abläufe im menschlichen Körper, vor allem die Frequenz des Herzschlags.

Experimentell angewandte Infraschall-Drucke bei Untersuchungen an Testpersonen oder Versuchstieren sind im Rahmen der bisher benutzten Versuchsanstellungen nicht geeignet, die Stress-Symptome der Anwohner als Infraschall-Wirkung zu beweisen. Sie haben dennoch einen hohen Wert für die Suche nach Angriffspunkten, gefährdeten Signalwegen und Organsystemen. Der Nachweis einer lokalisierbaren Infraschall-Wahrnehmung im Unterbewusstsein (Weichenberger et al. 2017) ermöglicht die Gestaltung von Tests zur Wirkung von Infraschall als Störsignal. Andererseits zeigt der experimentelle Nachweis einer durch Infraschall verminderten Kontraktionskraft isolierter Herzmuskelzellen (Chaban et al. 2020) neue Ansätze zur Untersuchung direkter Wirkungen von Infraschall auf Körperorgane.

Es liegt auf der Hand, dass folgendes Experiment viele derzeit offene Fragen beantworten könnte: der von einer konkreten Windanlage oder einem Windpark emittierte Infraschall wird frequenzgenau aufgezeichnet und als Schallkonserve an schlafende Testpersonen im doppelten Blindversuch appliziert. Leider hat keine der bisher mit großem Aufwand betriebenen Studien diese naheliegenden Kriterien erfüllt, insbesondere wurde das entscheidende Leitsymptom des hochgradigen Schlafmangels nicht mit den Infraschall-Pulsen korreliert (s.o.). Einer der Gründe ist sicher das technische Problem, Infraschall-Pulse von Windanlagen über ein Lautsprechersystem o.ä. adäquat wiederzugeben. Ohne kausale Zusammenhänge aus solchen oder ähnlichen Experimenten werden die derzeit vorliegenden Teilergebnisse wohl noch einige Zeit Stückwerk bleiben.

Auch wenn die gemessenen Eigenschaften und biologischen Wirkungen von Infraschall aus Windanlagen bisher keine geschlossenen Kausalketten ergeben, begründen sie starke Verdachtsmomente für Infraschall-Pulse als krankmachendes Agens. Sie müssen deshalb in doppelter Hinsicht ernst genommen werden: als Grundlage für das Schutzbedürfnis von Anwohnern bei der Standort-Planung von Windenergieanlagen und als ultimative Aufforderung zu gezielter, vorurteilsfreier Forschung.

Literatur

- BGR, 2017: Pilger Ch., Ceranna L. (2017), The influence of periodic wind turbine noise on infrasound array measurements. J. Sound Vibr. 88, 188.
- Ceranna L., Hartmann G., Henger M. (2008): Der unhörbare Lärm von Windkraftanlagen – Infraschallmessungen an einem Windrad nördlich von Hannover. Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), Referat B3.11, Seismologie.
- Hansen K., Zajamsek B., Hansen C. (2013): Analysis of Unweighted Low Frequency Noise and Infrasound Measured at a Residence in the Vicinity of a Wind Farm. Proceedings of Acoustics 2013, Victor Harbor, Australia.
- Kaula, S. (2019): Untersuchung zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen von Anwohnern durch den Betrieb von Windenergieanlagen in Deutschland anhand von Falldokumentationen. [https://ds.gs.info/cm4all/mediadb/Aktuelles/DSGS e.V. Studie.pdf](https://ds.gs.info/cm4all/mediadb/Aktuelles/DSGS_e.V.Studie.pdf)
- LUBW, 2016: Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg: Tieffrequente Geräusche inkl. Infraschall von Windkraftanlagen und anderen Quellen. Februar 2016. www.lubw.baden-wuerttemberg.de (2016)
- Maijala et al. (2020): Infrasound does not explain symptoms related to wind turbines. Publications of the Government's analysis, assessment and research activities, Helsinki 2020:34. <http://urn.fi/URN:ISBN:978-952-287-907-3>
- NCE, 2015: Noise Control Engineering (NCE), LLC, Billerica, MA 01821, USA: Infrasound Measurements of Falmouth Wind Turbines Wind #1 and Wind #2. By M. Bahtiarian and A. Beaudry. Technical Memo 2015 – 004, 2015.
- Palmer WKG (2017): Why wind turbine sounds are annoying, and why it matters. Global Environment, Health and Safety, Vol.1, 1 – 17.
- Pilger Ch., Ceranna L. (2017): The influence of periodic windt urbine noise on infrasound array measurements. J. Sound Vibr. 88, 188
- Roos W. (2019): Infraschall aus Windenergieanlagen – ein verkanntes Gesundheitsproblem. Naturwiss. Rundschau Bd. 72, 343–350.
- The Accoustic Group (2014): Report 44.5100.R7, MSC 26th November, 2014: The Results of an Acoustic Testing Program – Cape Bridgewater Wind Farm.
- Weichenberger M. et al. (2017): Altered cortical and subcortical connectivity due to infrasound administered near the hearing threshold: Evidence from fMRI. PLoS ONE 12, 1 – 19.

Die aktuelle Situation bei der gesundheitlichen Beurteilung von Infraschall

1. **Windenergieanlagen emittieren Pulse des Luftdrucks, die durch die Passage der Rotorflügel vor dem Mast ausgelöst werden und sich mit Schallgeschwindigkeit ausbreiten. Ihre Reichweite beträgt mehrere Kilometer.** Die zeitlichen Änderungen des Luftdrucks, die sich aus der Steilheit und Abfolge dieser peaks ergeben, wirken als Stressoren auf verschiedene Strukturen und Signalsysteme des menschlichen Körpers. Sie werden dort auf grundsätzlich anderen Wegen empfangen und verarbeitet als hörbarer Schall.
2. **Experimente an Säugetieren zeigen schädigende Wirkungen auf Zellen und Gewebe des Herz-Kreislauf-Systems und weiterer Organe. Zellen des menschlichen Herzmuskels reagieren mit verminderter Kontraktionskraft.**
3. **Im Innenohr wirkt Infraschall u. a. auf die Organe des Gleichgewichtssystems, welche alle Bewegungen des Körpers registrieren.** Dadurch entsteht ein Erregungsmuster ähnlich einer Kinetose (z. B. Seekrankheit).
4. **Infraschall führt unterhalb der Hörschwelle zur Aktivierung bestimmter Gehirnregionen.** Diese an Testpersonen gefundenen Areale haben bekannte Funktionen u.a. in der autonomen und emotionalen Kontrolle des Organismus (Blutdruck, Atemfrequenz, Erregungs- und Angstreaktionen).
5. **Eine wachsende Zahl der Anwohner von Windenergieanlagen leidet unter einem Dauerstress-Syndrom, das mit hochgradigen Schlafstörungen beginnt und meist zu Angstreaktionen, Depressionen und Herz-Kreislauf-Erkrankungen führt.** Viele Symptome sind mit der Aktivierung der im Test aufgefundenen Gehirnregionen erklärbar, können diesen jedoch noch nicht kausal zugeordnet werden. Sie klingen mit der Entfernung von der Windanlage ab. Praxis-Ärzte gehen von mindestens 180 000 Betroffenen in Deutschland aus.
6. **Für die Auslösung der o.g. Erkrankungen sind weniger die Absolutwerte des Schalldrucks entscheidend (solange sie unterhalb individueller Grenzen bleiben), sondern die o. g. Pulse.** Schädigend wirkt nicht nur die Steilheit der Druckänderungen, sondern auch ihre Abfolge: moderne Windanlagen emittieren Pulse auf einer ähnlichen Zeitskala wie periodische Abläufe im menschlichen Körper, vor allem die Frequenz des Herzschlags. Damit entsteht auch die Gefahr, dass verschiedene Körperorgane in Resonanz-Schwingungen geraten.
7. **Mehrere Studien, die in den letzten Jahren im Auftrag europäischer Regierungen durchgeführt wurden, haben auf verschiedene Weise den gesundheitsgefährdenden, pulshaltigen Infraschall von Windanlagen ausgeblendet.** Sie haben erwartungsgemäß keine wesentlichen negativen Wirkungen auf Anwohner gefunden:
 - Eine Serie von 6 Publikationen aus Dänemark (Poulsen et al. 2019) suchte nach Korrelationen zwischen Erkrankungen von Anwohnern und der Emission von Windanlagen. Als Bezugsbasis dienten A-bewertete Schalldrucke, d.h. die Frequenzen des Infraschalls waren ausgefiltert.
 - Eine Studie aus Finnland (Maijala et al. (2020) hat Infraschall aus WEA in Form von Terzspektren gemessen, aufgezeichnet und auf Testpersonen einwirken lassen. Bei der Aufzeichnung von Terzspektren werden die emittierten Pulse durch Mittelung geglättet.
 - Die jüngst veröffentlichte Studie des Umweltbundesamtes (2020) hat pulsfreien, künstlich vereinfachten Infraschall auf (wache) Testpersonen einwirken lassen.

Prof. Dr. Werner Roos

Titisee-Neustadt, November 2020

Literatur:

Die meisten der Kernaussagen sind belegt in:

Roos W. (2019): Infraschall aus Windenergieanlagen - ein verkanntes Gesundheitsproblem. Naturwiss. Rundschau Bd. 72, 343-350.

Weitere wesentliche Aspekte:

- zum Pulscharakter der WEA-Emissionen:

Palmer WKG (2017): Why wind turbine sounds are annoying, and why it matters. Global Environment, Health and Safety, Vol.1, 1 - 17.

Stelling K. Infrasound / low frequency noise and industrial wind turbines. Information report, Multi-municipal wind turbine working group, 2-46, 2015. <https://www.wind-watch.org/documents/infrasoundlow-frequency-noise-and-wind-turbines/>

- medizinische Befunde an geschädigten Anwohnern von Windanlagen:

Kaula, S. (2019): Untersuchung zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen von Anwohnern durch den Betrieb von Windenergieanlagen in Deutschland anhand von Falldokumentationen.

<https://dsgs.info/.cm4all/mediadb/Aktuelles/DSGS%20e.V.%20Studie.pdf>

Die o.g. Studien im staatlichen Auftrag:

Poulsen et al. (2019): Long-Term Exposure to Wind Turbine Noise and Risk for Myocardial Infarction and Stroke: A Nationwide Cohort Study. Environmental Health Perspectives 037004, 1-10. <https://doi.org/10.1289/EHP3340>. (5 weitere Artikel dieser Gruppe, zusammengefasst bei <https://doi.org/10.1289/EHP5568>).

Maijala et al. (2020): Infrasound does not explain symptoms related to wind turbines. Publications of the Government's analysis, assessment and research activities, Helsinki 2020:34. <http://urn.fi/URN:ISBN:978-952-287-907-3>.

Umweltbundesamt 2020: Lärmwirkungen von Infraschallimmissionen, UBA, Texte 163/2020.

<https://www.bimmb.de/app/download/9293934268/Neue+Erkenntnisse+zum+Infraschall+Windenergie+in+Frage.pdf?t=1542832326>

<https://www.bimmb.de/app/download/9308329668/Infraschall+WEA+WR.pdf?t=1542832326>

Statement zur UBA-Studie Lärmwirkungen von Infraschallimmissionen UBA Texte 163/2020, Juni 2020¹

Wir von Vernunftkraft begrüßen, dass nach langer Zeit nun auch vom UBA erste Schritte unternommen worden sind, zunächst die kurzzeitige Wirkung von Infraschall auf den Menschen zu untersuchen.

Von Okt. 2017 bis Feb. 2018 wurde eine Laborstudie durchgeführt (veröffentlicht im Juni 2020), bei der Versuchspersonen 30 Minuten lang verschiedenen Geräuscszenarien im Frequenzbereich von 3 bis 18 Hz und Schalldruckpegeln von 85 bis 105 dB ausgesetzt wurden.

Die vielen vom Schall Betroffenen fragen sich: Warum ist die Studie erst mehr als zwei Jahre später veröffentlicht worden? Ist es Hinhaltetaktik? Ist es wirklich so schwer, die charakteristische Form des Schallpulses, die typische Periodizität, die zeitlichen Schwankungen der Pegel (Amplitudenmodulation) sowie die Wechselwirkungen der Schallemissionen und die Einwirkdauer der Windenergieanlagen realistisch abzubilden und zu untersuchen?

Zwei Jahre Wartezeit ging weiter zu Lasten der Menschen, die in ihrem Wohnumfeld einer andauernden Exposition mit Infraschall -ausgehend von Windenergieanlagen- ausgesetzt waren und noch weiter sind. Das verfassungsmäßige Recht auf körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG wird weiterhin verletzt.

Zusammenfassend unsere Einschätzung

- In der UBA-Studie werden künstliche Schallsignale (Sinus-Signale) benutzt. Diese sind so vereinfacht, dass die reale Charakteristik von Schallsignalen aus Windenergieanlagen verloren geht. Die Studie kann daher keine Aussagen über die Wirkung von Schallemissionen von Windenergieanlagen treffen.
- Trotzdem konnten von den Testpersonen die künstlichen Schallszenarien deutlich vom Ruhezustand unterschieden werden. Bereits bei einer Einwirkdauer von 30 Minuten lösten die Szenarien Unwohlsein und Druck im Kopfbereich aus.
- Der Körper reagiert also auf den nicht hörbaren Schall. Von keinen körperlichen Akutreaktionen zu sprechen, ist falsch, sogar fahrlässig.
- Die Testpersonen wurden im Wachzustand beaufschlagt. Das große Problem ist jedoch, dass der Schall von Windenergieanlagen den Schlaf stört. Wann wird der Einfluss auf den Schlaf endlich untersucht? Schlaflabor-Studien mit realen Schallsignalen sind dringend anzuschließen. Bis zum Abschluss dieser Studien ist der Bau von Anlagen auszusetzen (Moratorium) und der Betrieb im Wohnumfeld insbesondere nachts einzuschränken.

¹ https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_163-2020_laermwirkungen_von_infraschallimmissionen_0.pdf

Ziel der Studie

Laut UBA-Studie ²

„...untersucht die vorliegende Studie, ob kurzzeitig dargebotener Infraschall einen Einfluss auf akute physiologische Reaktionen des Körpers sowie das akute Lärmbelästigungempfinden hat.“

Ziel war es, ³

„... den Zusammenhang zwischen einer kurzzeitigen Infraschallexposition und akuten körperlichen sowie Belästigungsreaktionen zu untersuchen. Wie bei der Wahl des Versuchsraums sollten dafür auch die dargebotenen Geräuschszenarien eine möglichst realitätsnahe Situation abbilden.“

Sicher muss man bei einer derartigen Studie mit kleinen Schritten beginnen. Bezüglich Windenergieanlagen ist die Versuchssituation aber **nicht realitätsnah**. Die Expositionszeit ist zu kurz. Das impulsartige Schallsignal ausgehend von einer oder mehreren Windenergieanlagen ist komplexer als ein reiner Sinuston im tieffrequenten Bereich. ⁴

Das Ziel, eine möglichst realitätsnahe Situation abzubilden, wird nicht erreicht. Eines der größten Probleme für die Betroffenen ist, dass der Schlaf gestört wird. Das wird nicht untersucht. Es sind dringend Versuche in Verbindung mit einem Schlaflabor durchzuführen. Bis zum Abschluss dieser Studien ist der Bau von Anlagen auszusetzen (Moratorium) und der Betrieb im Wohnumfeld insbesondere nachts einzuschränken.

Zeit vertan, Schädigung wird fortgesetzt

Am 1. April 2000 trat das EEG in Kraft. Der unfreiwillige Langzeitversuch läuft somit seit 20 Jahren, seit der massive Ausbau der Windenergiegewinnung begonnen wurde.

Inzwischen liegt eine internationale Studienlage vor, die nicht nur die Störung des Schlafes, sondern eine mechanische Schallübertragung auf zellulärer Ebene nachweisen lässt, die in ihrer Folge geeignet ist, zu dauerhaften Zellschädigungen zu führen.

In biologischen Systemen spielt die Möglichkeit von Erholungsphasen eine entscheidende Rolle. Die chronische Belastung mit einem schädigenden Agens hat insofern eine um das Vielfache erhöhte pathophysiologische Bedeutung als ein kurzeitiges Einwirken eines schädigenden Agens.

Dies spiegelt sich auch in der Tatsache wider, dass der Gesetzgeber für Schwangere besondere Vorkehrungen für die Einwirkung schädlicher Einflüsse nach Rahmenrichtlinie 89/391/EEWG sowie der Neuregelung zum Mutterschutz vom 23. Mai 2017 getroffen hat.

² Seite 47, Kap. 2.4 (alleinige Seitenangaben beziehen sich auf die aktuelle UBA-Studie)

³ Seite 63, Kap. 3.3

⁴ Weitere Ausführungen dazu siehe Abschnitt „Sind die Testsignale adäquat?“

Im Unterschied zu den berufsgenossenschaftlichen Vorschriften für die Einwirkung von Infraschall z.B. auf Gravide besteht hier bisher keinerlei Vorsorge.

Körperliche Akutreaktion, ja oder nein?

Was zeigt die aktuelle UBA-Studie?

Auf Seite 5 weist der Bericht folgendes Ergebnis aus (Zitat):

- Infraschallimmissionen bei einem Schalldruckpegel zwischen 85 dB und 105 dB rufen keine körperlichen Akutreaktionen hervor, dennoch werden Infraschallimmissionen an und oberhalb der Hörschwelle als belästigend und unangenehm beurteilt. Auch ruft Infraschall mit zeitlichen Schwankungen des Schallpegels eine höhere Belästigungswirkung hervor als ein zeitlich konstantes Schallereignis.
- Die in der Literatur und Normung aufgeführten frequenzabhängigen Wahrnehmungsschwellen im Infraschallbereich konnten bei der Untersuchung bestätigt werden. Nicht wahrnehmbare Infraschallimmissionen wurden nicht als belästigend bewertet.
- Vorbelastete und nicht vorbelastete Versuchspersonen weisen keine signifikanten Unterschiede auf. (Vorbelastete Personen haben im Vorfeld bei Behörden tieffrequente oder Infraschallimmissionen im persönlichen Umfeld gemeldet, die durch spätere Schallmessungen bestätigt wurden.) Eine Sensibilisierung von Personen konnte aus diesem Untersuchungskonzept nicht nachgewiesen werden.

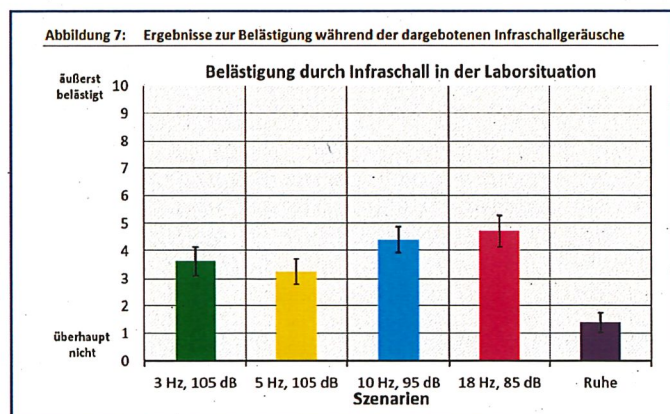
Leider wurde von der Windkraftlobby, den unterstützenden Parteien und Befürwortern sofort nur das eine Zitat „keine körperlichen Akutreaktionen“ aufgegriffen. Dem ist entschieden zu widersprechen.

Sicher ist die Einwirkzeit von 30 Minuten zu gering, um größere körperliche Akutreaktionen auszulösen. Allerdings zeigen die Ergebnisse eindeutig, dass die Geräuschenzenarien von den Probandinnen und Probanden wahrgenommen werden [Abb. 7], auch wenn der Schall nicht gehört werden kann.

Bereits bei einer Einwirkdauer von 30 Minuten lösten die Szenarien Unwohlsein und Druck im Kopfbereich aus.⁵

Das Ergebnis der Studie müsste lauten: **Trotz kurzzeitiger Infraschallexposition zeigen die Versuchspersonen Akutreaktionen auf Infraschall – allerdings nicht die erwarteten.**

In der Studie dann von keinen Akutreaktionen zuspochen, ist falsch. Vernunftkraft hält diese Aussage für fahrlässig.



⁵ Seite 26, 99 und 103

Wir von Vernunftkraft fragen uns: „Was bedeutet es, wenn bereits eine Einwirkzeit von 30 Minuten Unwohlsein und Druck im Kopf auslöst?“

Bei einer längeren Einwirkzeit, insbesondere nachts, wenn der Körper zur Ruhe kommen soll, wird der Lärm von Windenergieanlagen erst recht als brummend, dröhnend sowie vibrierend, aufdringlich und dumpf wahrgenommen. Die erholsamen Phasen des Schlafs werden gestört. Die permanente nächtliche Beschallung, auch wenn große Teile der Schallsignale nicht bewusst gehört werden können, führen zu gesundheitlichen Auswirkungen bei den Menschen.

In der Studie ist dies weicher formuliert, bestätigt aber unsere Befürchtungen.⁶

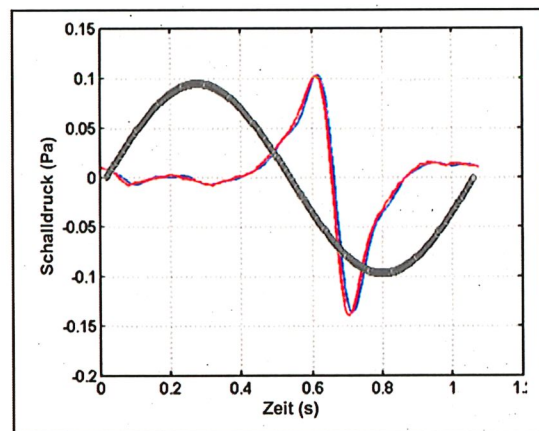
„Aufgrund der Ergebnisse der Laboruntersuchung kann folglich nicht ausgeschlossen werden, dass es bei einer langfristigen oder andauernden Exposition nicht doch zu physiologischen Veränderungen kommen kann.“

Allein diese Feststellung müsste reichen, um ein Moratorium zu erlassen oder größere Abstände vorzuschreiben.

Sind die Testsignale adäquat?

Die im Rahmen der Studie verwendeten Testschall-Emissionen, die in Form verschiedener Szenarien auf die Versuchspersonen einwirkten, waren sinusförmige Wellen.⁷ Sie bilden deshalb nicht die typischen Infraschall-Emissionen einer modernen Windenergieanlage ab.

Das nebenstehende Bild verdeutlicht den Unterschied. Die rot-blaue Kurve zeigt ein typisches Schallsignal einer Windenergieanlage.⁸ Dort ist in schwarz das Testsignal von 1 Hz eingefügt, wie es beispielsweise in der Studie verwendet wird.



Beim tatsächlichen Betrieb der Windenergieanlagen kommt ein reiner Sinus im tief-frequentem Bereich nicht vor. Die charakteristischen Frequenzen sind überlagert durch weitere störende Frequenzanteile, welche vermutlich die Wahrnehmungs- und Wirkungsschwellen senken. „Multimodale Stimulanz ist keine Seltenheit. Die Wirkungen modal verschiedener Reize können sich gegenseitig verstärken.“⁹ So kann gezeigt werden, „dass

⁶ Seite 27 und 130

⁷ Seite 65, Kap. 3.3.2

⁸ Vanderkooy, J., Mann, R.:

Measuring wind turbine coherent infrasound.

6th International Conference on Wind Turbine Noise, Glasgow 2015.

⁹ Detlef Krahé, Dirk Schreckenberger, Fabian Ebner, Christian Eulitz, Ulrich Möhler; Machbarkeitsstudie zu Wirkungen von Infraschall, Entwicklung von Untersuchungsdesigns für die Ermittlung der Auswirkungen von

komplexe Geräusche auch schon dann wahrnehmbar sind, wenn die einzelnen Komponenten unterhalb der Hörschwelle liegen.“¹⁰ Dies liest man bereits in UBA Text 40/2014. Passiert ist seither nichts.

Die verwendeten Testsignale können ein erster Schritt in einer Studie sein. **Die Schallsignale sind aber nicht adäquat zu einer realen Schallemission einer Windenergieanlage. Die Studie kann daher keine Aussagen über die Wirkung von Schallemissionen von Windenergieanlagen treffen.**

Gibt es eine Sensibilisierung?

Laut Aussage der UBA-Studie konnte in der Beschallungszeit von 30 Minuten keine Sensibilisierung nachgewiesen werden.¹¹ Das war zu erwarten, denn dafür war die Zeit viel zu kurz. In der Studie wird aber eingeräumt, dass „...eine Sensitivierung¹² ... durchaus erst nach längerer Lärmexposition erfolgen“¹³ kann. Wie die Erfahrung zeigt, nimmt mit steigender Dauer der Exposition die Empfindlichkeit zu (Sensibilisierung).

Bereits in der Vergangenheit (z.B. 2014 und 2016) stellte das Bundesumweltamt fest, dass Langzeitstudien notwendig sind.^{14 15} Vernunftkraft fragt stellvertretend für alle Mitglieder und Betroffene, warum immer noch keine Langzeitstudien (z.B. in Zusammenarbeit mit Schlaflaboren) in Auftrag gegeben werden. Was hält das Umweltbundesamt davon ab, Studien mit realen Schallsignalen in Schlaflaboren durchführen zu lassen? Wie eingangs bereits angesprochen ist bis zum Abschluss dieser Studien der Bau von Anlagen auszusetzen (Moratorium) und der Betrieb im Wohnumfeld insbesondere nachts einzuschränken.

Infraschall auf den Menschen durch unterschiedliche Quellen, UBA Texte 40/2014, S. 15 und S. 67

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/machbarkeitsstudie-zu-wirkungen-von-infraschall>

¹⁰ ebenda, S. 25

¹¹ Seite 5

¹² Der Begriff Sensibilisierung kommt ursprünglich aus der Immunologie. In dieser UBA-Studie wird auch der Begriff Sensitivierung gebraucht. In beiden Fällen ist gemeint, dass die Schwelle der Empfindung mit der Zeit herabgesetzt wird und der Körper stärker reagiert. Tatsache ist, dass keine Habituation (Gewöhnung) an den Schall durch WKA stattfindet.

¹³ Seite 27 und 131

¹⁴ UBA, „Mögliche gesundheitliche Effekte von Windenergieanlagen“ Seite 4

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1968/publikationen/161128_uba_position_windenergiegesundheits.pdf

¹⁵ Detlef Krahé, Dirk Schreckenberger, Fabian Ebner, Christian Eulitz, Ulrich Möhler; Machbarkeitsstudie zu Wirkungen von Infraschall, Entwicklung von Untersuchungsdesigns für die Ermittlung der Auswirkungen von Infraschall auf den Menschen durch unterschiedliche Quellen, UBA Texte 40/2014, S. 66

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen/machbarkeitsstudie-zu-wirkungen-von-infraschall>

Gibt es Einwirkung auf Hirnareale und hat dies Folgen?

In der aktuellen Studie wird auch angeführt, dass es Hinweise darauf gibt,¹⁶

„...dass unterhalb der Hörschwelle eine corticale Verarbeitung von Infraschall stattfindet und dass sich diese von der Verarbeitung hörbarer Reize unterscheidet.“ ...

„... dass autonome Reaktionen aufgrund der aktivierten Hirnareale möglich sind.“

Im Einzelnen wurden folgende körperlichen Auswirkungen auf den menschlichen Körper bei einer Belastung durch tieffrequenten Schall respektive Infraschall bei Schalldruckpegeln ab zirka 75 dB identifiziert:

- Veränderung im Herz-/Kreislaufsystem (z. B. Änderung des Blutdrucks, Herzfrequenz)
- Konzentrationschwäche
- Einwirkung auf das Gleichgewichtsorgan
- mit den oben genannten physiologischen Wirkungen einhergehende
- psychovegetative Störungen beziehungsweise erlebtes Unbehagen (Schwindel, Müdigkeit, Benommenheit, Druckgefühl am Trommelfell, Vibrationsgefühl)

Die UBA Studie¹⁷ weist zu Recht auf die wegweisende Arbeit von Weichenberger et al hin.¹⁸ In dieser Arbeit wird gezeigt, dass bei Einwirkung von sinusförmigem Infraschall (12 Hz) auf Testpersonen unterhalb der individuellen Hörschwelle **drei** Regionen des Gehirns aktiviert werden und zwar in anderen Gehirnarealen als während des aktiven Hörens. Zwei der aktivierten Bereiche (ACC¹⁹ und Amygdala) gehören nicht zum Cortex, wie in der Studie fälschlich angedeutet. Sie sind an der Kontrolle autonomer Funktionen wie Atmung und Blutdruck sowie der emotionalen Kontrolle beteiligt. Wenn man unterstellt, dass Infraschall aus Windenergieanlagen in den gleichen Gehirnregionen Erregungen auslöst, wie der 12-Hz-Testschall der o.g. Arbeit, werden viele Beschwerden von Anwohnern der Windenergieanlagen erklärbar. **Dies unterstreicht erneut einen wesentlichen Mangel dieser UBA-Studie und anderer Studien. Die Testpersonen wurden bei vollem Bewusstsein beschallt, notwendig ist aber eine Einwirkung im Schlaf, wenn corticale Aktivitäten weitgehend ausgeschaltet sind.**

In der aktuellen UBA-Studie heißt es dazu leider nur:²⁰

"Diese Hinweise [von Weichenberger et al] ließen sich durch die in der vorliegenden Studie durchgeführten Untersuchungen nicht nachweisen."

¹⁶ Seite 46 und 47

¹⁷ Seite 46

¹⁸ Weichenberger M, Bauer M, Kühler R, et al.: Altered cortical and subcortical connectivity due to infrasound administered near the hearing threshold - Evidence from fMRI. PLOS one 2017; 12: e01744201.
<https://doi.org/10.1371/journal.pone.0174420//>

¹⁹ ACC = anterior cingulate cortex. Ist sub-cortical angeordnet und steuert Affekte, Emotionen und Konzentration

²⁰ Seite 130, Kap. 6.3

Sachlich korrekt wäre der Hinweis, dass alle Testpersonen die Infraschall-Szenarien in Form von Belästigungen wahrgenommen und damit vom Ruhe-Schall unterschieden haben. Dies weist darauf hin, dass eine Perzeption von Infraschall erfolgte, aber auf noch unbekannten Wegen, welche durch die in der Studie erfassten Akut-Reaktionen nicht verfolgt wurden.

Offen bleibt die Frage, warum in der Studie einmal von keinen Auswirkungen gesprochen wird, im nachfolgend zitierten Absatz aber dann doch von vereinzelt signifikanten Effekten.²¹

„Die Probandinnen und Probanden zeigten in der vorliegenden Untersuchung keine signifikanten Veränderungen des Blutdrucks oder der Herzfrequenz während der Infraschall-exposition im Vergleich zum Ruheszenario. Auch das EEG und die durchgeführten neurologischen Tests lieferten keinen Hinweis auf akute physiologische Reaktionen auf den Infraschall.

...

Es konnten jedoch vereinzelt signifikante Effekte der Reihenfolge der Geräuschkategorien auf den Blutdruck sowie auf das Wach-EEG festgestellt werden.“

Dass es signifikante Effekte gab, wird in der Studie leider nicht weiter ausgeführt.

Unterscheidet sich Infraschall von Windenergieanlagen von natürlichen Schallquellen?

Von Windkraftbefürwortern wird oft vorgebracht, dass sich Infraschall von Windenergieanlagen nicht von den Emissionen natürlicher Quellen (Wind, Meeresrauschen) unterscheidet. Dem widersprechen wir seit jeher. Auch der jetzige Bericht sagt:²²

„Anthropogener Infraschall von technischen Quellen, beispielsweise Windenergieanlagen, unterscheidet sich von natürlichem Infraschall in der Regel durch die sich oftmals periodisch wiederholenden Schallereignisse, die einen charakteristischen Zeit- und Frequenzverlauf aufweisen.“

Recht auf körperliche Unversehrtheit

Die Ergebnisse der aktuellen UBA-Studie müssen aus medizinischer Sicht zu einer sofortigen Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit des Windkraft-Ausbaues im Wohnungsumfeld von Menschen führen. Die Ergebnisse belegen trotz fehlerhaftem Design und kurzer Einwirkzeit

²¹ Seite 129, Kap. 6.2 und Seite 130

²² Seite 19

das Auslösen komplexer pathophysiologischer Vorgänge nach Exposition, wie sie auch die inzwischen vorliegende internationale Studienlage aufzeigt.

Das verfassungsmäßige Recht auf körperliche Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG wird durch den Betrieb der Windkraftanlagen im Wohnungsumfeld verletzt.

Offene Fragen und Lösungsansätze

Viele Fragen bleiben noch offen. Die wichtigsten Fragen sind:

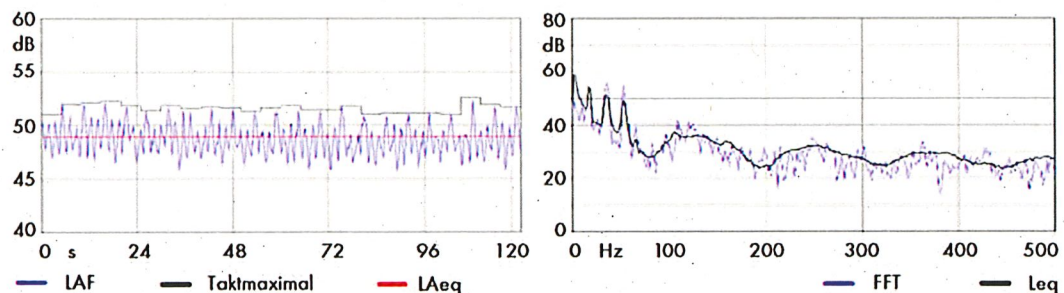
- Wann werden endlich die internationalen Studien zur Kenntnis genommen und wann werden aus den bisherigen Erkenntnissen Schlüsse gezogen?
- Wann werden Normen und Richtlinien so angepasst, dass die relevanten Schallanteile auch berücksichtigt werden?
- Wann wird die A-Bewertung bei der Berechnung der Schallemissionen von Windenergieanlagen endlich abgeschafft?

Dazu nachfolgend ein Beispiel aus der aktuellen Studie.²³

Abbildung 29 zeigt das Ergebnis der Schallpegelmessung einer 3-MW-WEA (Zeitverlauf $L_{AF}(t)$ links und Frequenzspektrum rechts) in einem Abstand von etwa 50 m. Das charakteristische Flügelgeräusch der WEA zeigt einen Infraschallpegel von etwa 60 dB bei 1,7 Hz (Vgl. Abbildung 29, rechts). Die Oberwellen sind bei 17 Hz (54 dB), 36 Hz (51 dB) und 53 Hz (49 dB), jeweils als energieäquivalenter Mittelungspegel (Mittelungszeitraum 10 min) ablesbar.

Abbildung 29: Schallimmissionen einer Windenergieanlage

links: Zeitverlauf der A-bewerteten Summenpegel, rechts: Frequenzspektrum



In Abbildung 29 links sind zwei Zeitverläufe des Schalldruckpegels dargestellt.

Zum einen eine Auflösung im Sekundenbereich, zum zweiten eine Mittelung über 5 s sowie der gemittelte A-bewertete Pegel L_{Aeq} über die Gesamtdauer von 2 Minuten.

Die Pegel sind A-bewertet.

²³ Seite 64

Durch die A-Bewertung des Schallsignals werden die tieffrequenten Bereiche heruntergerechnet. Die Zeitverläufe der Pegel haben daher wenig Aussagekraft. Sinnvoller wäre der Zeitverlauf des Schalldrucks, der die Basis für das Frequenzspektrum bildet. Für die Bewertung von Schallsignalen von Windkraftanlagen ist die A-Bewertung ungeeignet.

Die Auflösung des Frequenzspektrums (rechte Abbildung) ist zu grob. Bei einer Grundfrequenz von 1,7 Hz, wie angegeben, liegen die nächsten Vielfachen bei 3,4 und 5,1 Hz. Dies kann bei der gewählten Auflösung nicht dargestellt werden.

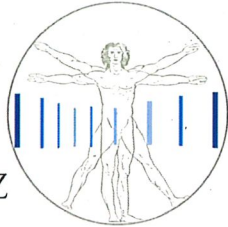
Als positiver Ansatzpunkt der Studie ist zu werten, dass sie auf die technischen Herausforderungen bei der Aufzeichnung und Wiedergabe von realem Infraschall hinweist. **Leider hat sie mit der Ausblendung der realen Emissionsmuster von Infraschall-Quellen den falschen Lösungsweg gewählt.**

Wer an einer Aufklärung der gesundheitsgefährdenden Wirkung von Infraschall aus Windenergieanlagen interessiert ist, muss Wege finden, Infraschall mit der Signatur einer Windenergieanlage an schlafende Testpersonen im doppelten Blindversuch zu applizieren. Insgesamt tendiert die Studie leider dazu, das unangenehme Infraschall-Thema unterzubewerten, insbesondere den Infraschall aus Windenergieanlagen. **Bis zum Abschluss weiterführender Studien ist der Bau von Anlagen auszusetzen (Moratorium) und der Betrieb im Wohnumfeld insbesondere nachts einzuschränken.**

Vernunftkraft fühlt sich bestärkt:

- **Trotz der vorstehend kritisierten Mängel der UBA-Studie hat diese gezeigt, dass schon bei kurzer Exposition mit künstlich vereinfachtem Infraschall die Versuchspersonen mit Unwohlsein und Druck im Kopfbereich reagieren.**
- **Windenergieanlagen beeinflussen den Menschen, verringern die Qualität des Schlafs und führen dadurch zu gesundheitlichen Problemen.**
- **Im Hinblick auf ärztliche Befunde an Anwohnern, die dem realen Infraschall von Windenergieanlagen langfristig ausgesetzt sind, fordern wir, dass die UBA-Studie zum Anlass für ein Moratorium der Planung und Aufstellung von Windenergieanlagen genommen wird sowie der Betrieb im Wohnumfeld insbesondere nachts einzuschränken ist.**
- **Aus Vorsorgegründen brauchen wir einen Mindestabstand der Windenergieanlagen von jeglicher Wohnbebauung, der mindestens der 10-fachen Höhe der Anlage entspricht (10-H-Regel).**

Zusammengestellt von Arbeitsgruppe:
Dipl.-Ing. Gerhard Artinger (federführend)
Dr. med. Ursula Bellut-Staack
Dipl.-Ing. Mario Berger
Dipl.-Ing. Holger Diedrich
Dipl. Chemie-Ing. Werner Hädrich
Dr. Stephan Kaula
Dipl.-Ing. Hans-Joachim Langzettell
Prof. Dr. Werner Mathys
Prof. Dr.-Ing. Lothar W. Meyer
Dr. Wolfgang Müller
Prof. Dr. Werner Roos
Dipl.-Ing. Bernhard Scherzinger



AEFIS · Volperstr. 5 · 37170 Uslar

DIN Norm 45680

Ansprechpartner: Dr. med. Thomas Carl Stiller
Abteilung: Öffentlichkeitsarbeit

Datum: 21.08.2019

Überarbeitung der DIN 45680

Sehr geehrter Herr

der Arbeitskreis Ärzte für Immissionsschutz begrüßt die Überarbeitung der DIN Norm 45680.

Es sind allerdings in der aktuellen Fassung einige Dinge zu ändern.

- 1) Das Wort im ersten Absatz „objektiv“ sollte gestrichen werden. Es suggeriert eine noch nicht vorhandene Sicherheit bei der Anwendung.

Diese Norm hat eine besondere Bedeutung erlangt. Die Energiewende ist in den letzten Jahren vorangetrieben worden und führt zu einer technologischen Überprägung und Umgestaltung vieler Lebensbereiche von Menschen, vor allem im ländlichen Raum. Gerade Windkraftanlagen, Luftwärmepumpen und z.B. Blockheizkraftwerke in ihrer heutigen Form stellen eine stetig wachsende Zahl bislang nicht vorhandener Quellen technischen Infraschalls dar. Dieser unterscheidet sich in Tonalität und Periodizität von natürlichen Infraschallquellen. Es ist in den letzten Jahren seit die Norm 45680 auch besondere öffentliche Aufmerksamkeit genießt zu vielen neuen Veröffentlichungen zu den gesundheitlichen Belastungen von Menschen und Tieren durch Infraschall gekommen. Diese medizinischen Fälle sind nicht zu ignorieren und finden sich nur abgeschwächt und relativiert als Sonderfälle im Anhang dieser Norm.

- 2) Ein Messnorm die weiterhin das Hauptkritikargument ignoriert und sich nur auf das Hören und somit auf die TA Lärm mit der A-Bewertung konzentriert und dann als Scheinkompromiss nur eine G- Bewertung miteinbaut, ignoriert diese neuen Erkenntnisse. Eine korrekte am Schutz der Umwelt und der Menschen und Tiere ausgerichtete Technologiefolgenabschätzung braucht eine Messvorschrift, die die volle Breite des Spektrums beschreibt und nicht partikulär bestimmte Ausschnitte betont. Die TA-Lärm setzt ausschließlich Normwerte für den bewusst wahrnehmbaren Lärm und damit näherungsweise das Ausmaß einer Lärmbelästigung.)

Diese Ausschnitte werden dann messtechnisch korrekt beschrieben und sind zur Zufriedenheit der Akustiker auch abgebildet. Die daraus ableitbare für Umweltmedizinisch und Immissionsschutz relevante Deutung (BlmSCH-Verfahren) bedingt im bestehenden den Entwurf der DIN Norm ein Verweigern der bislang dokumentierten und publizierten, im Gremium vorgestellten medizinischen Fälle mit der Folge, dass eine falsche Unbedenklichkeit vorgegaukelt wird, und die Schutzwirkung nach dem Vorsorgeprinzip nicht eingehalten wird.

Dieses Vorgehen ist nicht haltbar, da genau diese Behörde den Schutzauftrag für die Betroffenen leisten müsste. Es entsteht der Eindruck, dass alle Diskussionen der letzten Jahre z.B. auch unter 8 Hz standardisiert zu messen und den Körperschall mit einzubeziehen, vergessen scheinen. Es kann nicht sein, dass große Schallanteile messtechnisch weiterhin negiert werden und vor allem die extraauralen Wirkungen des Infraschalls wohlwissend ausgespart werden. Es gibt neue publizierte Forschungsergebnisse auf die Beeinflussung kognitiven Leistung im Gehirn und die schwächenden Auswirkungen auf Herzmuskelzellen.

Gerade im Anhang wünschen wir uns daher mehr Offenheit auch zu den bislang dokumentierten Fällen. Wir weisen aber darauf hin, dass sich die Rechenmodelle der aktuellen DIN auf weniger als 40 Kasuistiken berufen, während aus dem Umfeld der Betroffenen unserem Arbeitskreis mehr als 100 linear (Z-Bewertete) Messungen mit medizinisch erfasster Beschwerdeanamnese vorliegen. Die internationale Literatur liefert noch mehr Kasuistiken. Hier muss auch zur Motivation weiterer unabhängiger Forschungsprojekte das ganze Messpotential aufgezeigt werden.

- 3) Es dürfen keine Formulierungen gewählt werden, die gerade im Feld juristischer Normsetzung eher kontraproduktiv verstanden werden und verharmlosend wirken. Schutznormen müssen am medizinischen Kenntnisstand gemessen und von Medizinern mitgestaltet werden und dürfen nicht behördlichen Organen zur Ausgestaltung überlassen werden.
Diese Messvorschrift 45680 verpasst aktuell die Chance eine Brücke zu bauen zu den ganz klar evidenten noch weiter unabhängig zu erforschenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Belästigungen aus technischen Infraschallquellen und der aktuell bekannten Messrealität mit ihren Mängeln.
Hier müssen Möglichkeiten zu weiterer Forschung aufgezeigt werden im Sinne von: Messung des ganzen vorhandenen tiefrequenten Schalls und Infraschalls und ungefilterte Verarbeitung der Messergebnisse, um sie unvoreingenommen objektiv deuten zu können.
- 4) Die betroffenen Menschen (und auch Tiere) leiden nicht an Belästigungen durch Schall allein, sondern vielmehr an der auralen und extraauralen biologischen Wirkung auf Innenohr und andere Organsysteme. Das auditive System allein kann nicht der isolierte Betrachtungshorizont bleiben. Dies ist in Grundlagenarbeiten seit Jahren bekannt, findet aber keinen angemessenen Niederschlag in dem Anhang dieser Norm und kann somit nicht als Impulsgeber für weitere unabhängige wissenschaftliche Erforschung dienen. Es wird durch die Norm somit auch kein Beitrag geleistet die weltweit dazu erfolgten, laufenden oder beabsichtigten Forschungen vergleichbarer zu machen. Hier werden Chancen zu Lasten der Gesundheit und Wissenschaft vergeben.
Auf die Fotografie bezogen verweigert die aktuelle DIN die RAW Formate und liefert behördenmodifizierte JPEGs. Dieses würde kein Fotograf akzeptieren. Die Umweltmedizin akzeptiert auch keine A-Bewertung, wenn sie weiß, dass es danach ungefiltert noch viel mehr an Schall im niederfrequenten Bereich gibt. Es reicht daher für die Zukunft nicht aus, eine Wahrnehmungsschwelle zu kreieren und immer zu betonen, was nicht wahrnehmbar sei, habe auch keine Wirkung.
- 5) Es entsteht nicht zu ersten Mal der Eindruck in den Formulierungen eines starken Deutungswillens zu einer immissionstechnischen Harmlosigkeit der geschilderten Beschwerden von durch technischen Infraschall betroffenen Teilen der Bevölkerung. Dies findet dann medial in Kommentaren wie „es gäbe keine belastbaren Hinweise auf Schädigung“ seinen Ausdruck und dann in viel zu geringen Abständen in der politischen Diskussion ihren normativen Widerhall.
Das Gegenteil ist allerdings aus umweltmedizinischer Sicht wahr: Es gibt derzeit keine belastbaren Studien, die eine gesundheitliche Unbedenklichkeit von emittiertem technischem Infraschall belegen können.

Fazit:

Leider trägt die aktuelle Fassung der DIN Norm durch ihre Beschränkung auf nur dbA Messung und der Begrenzung auf untere 8 Hz Grenze nicht dazu bei, den Konflikt zwischen pragmatischer Normsetzung und hinreichender Verantwortung gegenüber der Gesundheit der Bevölkerung zu entschärfen und die Diskussion zu versachlichen.

Wird die Norm so veröffentlicht, werden die neusten medizinischen und bioakustischen Erkenntnisse weiter ignoriert und es wird weiter akustisch korrekt nach dBA und vielleicht auch dBG am Objekt des Leidens, nämlich den wirklich Betroffenen DIN normiert vorbei gemessen.

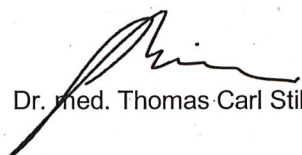
Das ist dann die Patt-Situation, wie sie heute schon besteht.

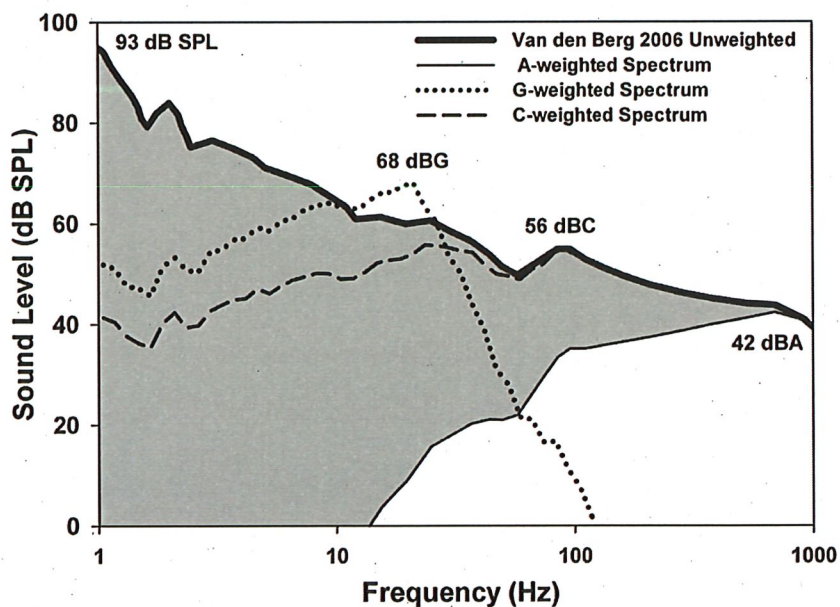
Wir sollten daher diese Norm und all die öffentliche Diskussion um sie herum als Chance aufzufassen, auch unbequeme Wahrheiten im Bereich der Emissionen ehrlich zu messen, die eventuell den Ausbau von möglichen technischen Anlagen infrage stellen könnten, auch wenn dies nicht dem politischen Willen entspricht.

In unserem freien demokratischen Land gelten die Wahrheit und das Grundrecht des Einzelnen auf körperliche Unversehrtheit. Eine DIN-Norm muss daher eine Schutznorm sein, um dem Vorsorgeprinzip zu entsprechen. Deshalb sollte dieses Regelwerk auch aufzeigen, wie die Erkenntnislage verbessert werden kann, um den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten.

Mit freundlichen Grüßen

Ärzte für Immissionsschutz


Dr. med. Thomas Carl Stiller



Der graue Bereich entfällt bei Messung nach dBA

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung. – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drucksache 7/1584 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Hauswirtschaftliche Einheit</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Fischmarkt 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Hauswirtschaftliche Einheit	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Fischmarkt 13	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Hauswirtschaftliche Einheit	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Fischmarkt 13									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Verhütung und Förderung der Interessen des Handwerks	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	geplante Vereinheitlichung wird umstritten	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Enfta, 25.11.2020	

Das Dokument wurde zum Zweck der Veröffentlichung in der BTD bearbeitet.

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung - Drs. 7/1584		
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
1.	Name	Organisationsform
		Körperschaft des öff. Rechts
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Hochschule Nordhausen
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Weinberghof 4
	Postleitzahl, Ort	99734 Nordhausen
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)	
2.	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Forschung und Lehre auf dem Gebiet der Energietechnik	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input checked="" type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Klimaschutz benötigt Windkraft als eine seiner tragenden Säulen. Das vorliegende Gesetzesvorhaben in Verbindung mit dem Moratorium für Windkraft im Wald trägt dem auch nicht annähernd Rechnung. Beide Maßnahmen verhindern einen weiteren Ausbau der Windenergie in Thüringen mit ausschließlich negativen Folgen.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Nordhausen, den 15.01.2021	



Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Weinberghof 4
99734 Nordhausen

THÜR. LANDTAG POST
18.01.2021 07:22

115912021

Nordhausen, den 15.01.2021

**Stellungnahme zur Einführung einer Abstandsregel von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung –
Drs. 7/1584**

Vorbemerkungen

Der Umbau des bundesdeutschen Energiesystems auf Erneuerbare Energien benötigt einen signifikanten Beitrag von onshore-Windkraft in ganz Deutschland. Zur Erfüllung der energie- und klimapolitischen Ziele Deutschlands gehen aktuelle Studien – u.a. von der dena [De18] – von einem notwendigen Ausbau der onshore-Windkraft auf etwa 170 GW bis zum Jahr 2050 aus. Auch Thüringen muss hier seinen Beitrag leisten. Bei einer anteiligen Fläche Thüringens von etwa 4,5 Prozent entfallen rechnerisch 7,6 GW auf unser Bundesland.

In allen Energieszenarien – z.B. [BCG18], [De18], [ISE13] – wird davon ausgegangen, dass Windkraft perspektivisch die Hauptlast der Stromerzeugung in Deutschland tragen wird. Grundsätzlich weisen Windkraft und Photovoltaik eine gute wochenweise Komplementarität zueinander auf, so dass beide Technologien nicht getrennt voneinander betrachtet werden dürfen. So lässt sich ein geringerer Ausbau der Windkraft in Deutschland oder Thüringen eben nicht einfach durch einen stärkeren Ausbau der Photovoltaik kompensieren. Vielmehr bedingt ein solches Vorgehen massive saisonale Energiespeicher und führt in der Konsequenz zu einer deutlichen Verteuerung des Umbaus unseres Energiesystems.

Ferner hat sich Thüringen mit dem Klimagesetz das Ziel gesetzt, seinen Endenergiebedarf bis zum Jahr 2040 bilanziell mit Erneuerbaren Energie zu decken. Dafür bedarf es einer Windkraftleistung von knapp 5 GW [We18]. Bei einem derzeitigen Bestand von etwa 1,7 GW müssten in den nächsten 20 Jahren jeweils 165 MW zugebaut werden, d.h. beispielsweise 33 Anlagen der 5 MW-Klasse pro Jahr. Davon ist Thüringen derzeit weit entfernt.

Die Thüringer Landespolitik hat diesem Umstand zwar in der letzten Legislaturperiode Rechnung getragen und möchte 1 Prozent der Landesfläche für den Ausbau von Windkraft zur Verfügung stellen. Damit könnte unser Bundesland einen Beitrag von knapp 5 GW leisten. In der 2015 veröffent-



lichten Präferenzraumstudie [Dö15 ff] wird als Windkraftpotential für Thüringen ein Anteil der Landesfläche von etwa 1,15 Prozent (entsprechend 5,6 GW) als gut geeignet angesehen. Die Flächen verteilen sich zu 0,7 Prozent (entsprechend 3,4 GW) auf das Offenland und zu 0,45 Prozent (entsprechend 2,2 GW) auf Waldflächen. Aus diesen Zahlen wird unmittelbar deutlich, dass weder die energiepolitischen Ziele des Landes noch ein signifikanter Beitrag Thüringens zur Energieversorgung in Deutschland ohne eine deutliche Ausweitung der Flächen für Windkraftanlagen möglich ist.

Stellungnahme zum Antrag der CDU-Fraktion Drucksache 7/1584

Der Thüringer Windenergieerlass [ThWE] empfiehlt den Thüringer Plangebern im Sinne einer weichen Tabuzone u.a. folgende Abstände:

„[...] Ein Abstand von 750 m sollte bei Wohnbebauung eingehalten werden, um die Immissionsbelastungen zu minimieren und um eine Konfliktvermeidung anzustreben. Um der aktuellen Entwicklung von größeren Windenergieanlagentypen Rechnung zu tragen, wird eine Abstufung im 750 - 1.000 m Abstandsbereich empfohlen. Insoweit wird für Windenergieanlagen bis einschließlich 150 m Gesamthöhe ein Abstand von 750 m empfohlen, für Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von über 150 m ein Abstand von 1.000 m.“

Diese Regelungen liegen auch den Berechnungen zu Präferenzräumen [Dö15 ff] zugrunde. Konkret wird für den Abstandsbereich von 750 – 1.000 m zur Wohnbebauung kalkulatив kleinere Windkraftanlagen mit einer Gesamthöhe von maximal 150 m und einer Leistung von 2,3 MW herangezogen. Ein Verzicht auf den Abstandsbereich von 750 – 1.000 m reduziert das Windkraftpotential im Offenland deutlich; dies betrifft sowohl bereits ausgewiesene Vorrangflächen als auch ermittelte Präferenzräume in ganz Thüringen. Nach vorsichtigen Schätzung reduziert sich durch den vorliegenden Gesetzesentwurf in Verbindung mit dem bereits verabschiedeten Moratorium für Windkraft im Wald das Windkraftpotential Thüringens auf unter 2,5 GW. Damit ist es Thüringen weder möglich, seine energie- und klimapolitischen Ziele zu erreichen noch einen substantiellen Beitrag zum Umbau des deutschen Energiesystems zu leisten.

Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Klimaschutz benötigt Windkraft als eine seiner tragenden Säulen. Das vorliegende Gesetzesvorhaben in Verbindung mit dem Moratorium für Windkraft im Wald trägt dem auch nicht annähernd Rechnung. Beide Maßnahmen verhindern einen weiteren Ausbau der Windenergie in Thüringen mit ausschließlich negativen Folgen: verminderte Wertschöpfung, fehlende Pacht- und Steuereinnahmen, Abwanderung von Planungsbüros und Ingenieurdienstleistern aus Thüringen und einen Imageverlust des Landes, das es nicht geschafft hat, das offensichtlich Notwendige und wissenschaftlich Gebotene zu tun.

Nordhausen, den 15. Januar 2021



Quellen

- [BCG18] BCG, prognos [Hg.]: Klimapfade für Deutschland. München (2018)
- [De18] dena (Hg.): dena-Leitstudie Integrierte Energiewende. Berlin (2018)
- [Dö15] döpel Landschaftsplanung (Hg.): Ermittlung von Präferenzräumen für die Windenergienutzung in Thüringen. Göttingen (2015)
- [Dö15a] döpel Landschaftsplanung (Hg.): Ermittlung von Präferenzräumen für die Windenergienutzung in Thüringen - Ergänzungsstudie Planungsregion Nordthüringen. Göttingen (2015)
- [Dö15b] döpel Landschaftsplanung (Hg.): Ermittlung von Präferenzräumen für die Windenergienutzung in Thüringen - Ergänzungsstudie Planungsregion Mittelthüringen. Göttingen (2015)
- [Dö15c] döpel Landschaftsplanung (Hg.): Ermittlung von Präferenzräumen für die Windenergienutzung in Thüringen - Ergänzungsstudie Planungsregion Ostthüringen. Göttingen (2015)
- [Dö15d] döpel Landschaftsplanung (Hg.): Ermittlung von Präferenzräumen für die Windenergienutzung in Thüringen - Ergänzungsstudie Planungsregion Südwestthüringen. Göttingen (2015)
- [ISE13] Henning, H.-M., Palzer, A.: Energiesystem Deutschland 2050. Freiburg (2013)
- [ThWE] TMIL (Hg.): Erlass zur Planung von Vorranggebieten „Windenergie“, die zugleich die Wirkung von Eignungsgebieten haben (Windenergieerlass). Erfurt (2016)
- [We18] Wesselak, V., Klumpp, F.: Möglichkeiten und Grenzen von Energieszenarien auf Länderebene – das Beispiel Thüringen. Stralsund (2018)

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung - Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung, Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - Drs. 7/1584-											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Thüringer Bauernverband e.V.</td> <td style="border: none;">Verein</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border: none;">Alfred- Hess- Straße 8</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringer Bauernverband e.V.	Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Alfred- Hess- Straße 8	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Thüringer Bauernverband e.V.	Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Alfred- Hess- Straße 8									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)											
	<table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%; border: none;">Name</td> <td style="width: 50%; border: none;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Thüringer Bauernverband e.V.</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border: none;"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <div style="font-size: small; margin-top: 5px;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</div> </td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border: none;"></td> </tr> <tr> <td style="border: none;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border: none;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	Thüringer Bauernverband e.V.		<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <div style="font-size: small; margin-top: 5px;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</div>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	Thüringer Bauernverband e.V.										
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <div style="font-size: small; margin-top: 5px;">(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</div>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Interessenvertretung der Landwirtschaft in Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 25.01.2021	

THÜR. LANDTAG POST
25.01.2021 11:54

2040/2021



Thüringer
Bauernverband e.V.

Thüringer Bauernverband e.V. (TBV) | Landesgeschäftsstelle | Alfred-Hess-Straße 8 | 99094 Erfurt

Thüringer Landtag
Ausschuss für Infrastruktur, Landwirtschaft
und Forsten
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

per E-Mail: poststelle@thueringer-landtag.de

Hauptgeschäftsführerin

Alfred-Hess-Str. 8
99094 Erfurt

Telefon
0361 26253 – 0

Telefax
0361 26253 – 225

Internet
www.tbv-erfurt.de

Ansprechpartner/-in

E-Mail
tbv@tbv-erfurt.de

Twitter:
[@BauernverbandTH](https://twitter.com/BauernverbandTH)

Erfurt, 25.01.2021

Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung- Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung

Sehr geehrter Frau Vorsitzende Tasch,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

im Rahmen des Anhörungsverfahrens gemäß § 79 GO des Thüringer Landtages wurde dem Thüringer Bauernverband e. V. (TBV) die Gelegenheit eingeräumt, zu dem Gesetzentwurf zur Änderung der Thüringer Bauordnung (ThürBO) der Fraktion der CDU -Drs. 7/1584- Stellung zu nehmen. Wir möchten uns für diese Möglichkeit bedanken und wie folgt ausführen:

Zunächst möchten wir anmerken, dass wir grundsätzlich die Regelung eines Mindestabstandes von Windenergieanlagen zu der im Entwurf definierten Wohnbebauung zum Schutz der Bevölkerung positiv bewerten.

Allerdings sehen wir die Situation hinsichtlich des Ausbaus der Erneuerbaren Energien zu Lasten der landwirtschaftlichen Flächen sehr kritisch. Nach dem „Klimaschutzprogramm 2030“ der Bundesregierung soll im Jahr 2030 der Anteil erneuerbarer Energien am gesamten deutschen Energieverbrauch 65 % betragen. Das Ausbauziel des Anlagenbestandes von Windenergie an Land soll um 40 % erhöht werden. Ebenso ambitioniert sind die Ziele des Freistaates Thüringen, der in § 4 Absatz 2 des Thüringer Klimagesetzes vom 18. Dezember 2018 vorsieht, dass „die Landesregierung die Erschließung und Nutzung der Potenziale der erneuerbaren Energien, also der Windenergie... (unterstützt). Für die Nutzung der Windenergie wird dazu ein Prozent der gesamten Landesfläche bereitgestellt.“

Im Ergebnis wird das dazu führen, dass eine Bündelung der Windenergieanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen erfolgt und wieder einmal die Landwirtschaft der Hauptbelastungsträger beim Ausbau der Windenergie sein wird.

Bereits jetzt werden in Deutschland täglich 60 Hektar landwirtschaftliche Flächen für Siedlungs-, Verkehrs- und Infrastrukturmaßnahmen in Anspruch genommen. Im Rahmen der Energiewende ist die Landwirtschaft und hier vor allem auch Thüringen durch den Netzausbau, insbesondere die beiden in Planung befindlichen Erdkabelvorhaben SuedLink und SuedOstLink stark betroffen. Der Landwirtschaft wird so ihr entscheidendes Produktionsmittel und wichtigste Grundlage kontinuierlich entzogen. Dazu kommen immer mehr Anforderungen Natur- und Artenschutz auf den Flächen umzusetzen, auf denen keine Erlöse erzielt werden können. Das führt zur Schwächung der Betriebe bis hin zu Betriebsaufgaben, letztendlich zu einer Schwächung der landwirtschaftlichen Produktion in Thüringen insgesamt. Spätestens während der Corona-Pandemie sollte es jedoch auch dem Letzten aufgefallen sein, dass die Landwirtschaft systemrelevant und damit zu erhalten ist.

Für jede Windenergieanlage ist zusätzlich naturschutzrechtliche Kompensation durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zu schaffen, die überwiegend weiteren Flächenverlust bedeuten. Im Rahmen der Planungsverfahren zu den beiden vorstehend bezeichneten Erdkabelvorhaben ist uns erneut deutlich geworden, dass es an gesetzlichen Ausgleichs- und Entschädigungsregelungen fehlt, die den Verlust von landwirtschaftlicher Fläche schützt. Vor diesem Hintergrund ist es an der Zeit, endlich eine angemessene Kompensation vorzunehmen und hierfür die erforderlichen gesetzlichen Grundlagen auch auf Landesebene zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführerin

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

Diskussionsforum

des Thüringer Landtags

Anlage

Drittes Gesetz zur Änderung der Thüringer Bauordnung - Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

- Drucksache 7/1584 -

Welche grundsätzliche Auffassung vertreten Sie zu dem Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung der Thüringer Bauordnung – Einführung einer Abstandsregelung von Windkraftanlagen zur Wohnbebauung in Drucksache 7/1584?

Erstellt	Angaben zum Autor	Titel	Beitrag/Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte
28. Oktober 2020	Michael Hausemann* Rentner	Abstandsregelung	Eine Abstandsregelung ist dringend notwendig.
2. November 2020	Dr. Christoph Hohmann* Lehrer	Auch andere Faktoren sind zu berücksichtigen	Neben der Bestimmung zu den Abständen der Windkraftanlagen sollte auch die Nachhaltigkeit dieser Anlagen bei Ablauf der Nutzungsdauer Berücksichtigung finden.
6. November 2020	Jürgen Zerull* Umweltbildung, Umweltchemie, "Klimaschutz", Klimaentwicklung	Bodenvibrationen bei Windkraftanlagen berücksichtigen	Bodenvibrationen müssen bei der Aufstellung von Windkraftanlagen berücksichtigt werden - eine Schutzzone von 10 km um Siedlungen muss eingerichtet werden.

* Bei dem mit * gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligientransparenzdokumentation veröffentlicht.